

# Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Kundstun“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiterjugend“

**Bezugspreis:** Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Fürstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Tafelstraße 11, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus je einschließlich wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt., monatlich 1,76 Rmt. + 85 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Umt Breslau Nr. 5852.  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verzeins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen die vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Fürstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

# Der Bürgerblut will die Länder auswuchern.

## Völlig unzureichende Erklärung des Reichsinnenministers über die Aufbringung der Kosten des Reichschulgesetzes.

Berlin, 24. Januar. (Eig. Bericht.) Im Bildungsausschuss des Reichstages gab der Reichsinnenminister v. Kundell am Dienstag eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

„Die Umfrage über die mutmaßliche Höhe der Kosten, die die Durchführung des Reichschulgesetzes möglicherweise verursachen wird, hat die schon früher vertretene Auffassung der Reichsregierung, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich sei, diese Kosten zu schätzen, bestätigt. Die Unterrichtsministerien der Länder haben, soweit sie nicht die Angabe von Zahlen überhaupt für unmöglich erklären, mehr oder weniger nachdrücklich betont, daß den von ihnen vorgenommenen Schätzungen eine starke Unsicherheit anhafte, da es völlig unmöglich sei, vorher zu sagen, ob und in welchem Umfange die Erziehungsberechtigten von ihrem Recht, die Einrichtung von Schulen zu beantragen, Gebrauch machen und welche finanziellen Auswirkungen die Genehmigung solcher Anträge haben werde.“

Die Reichsregierung bestreitet nicht, daß die Einführung des Gesetzes den Ländern und Gemeinden, denen die Aufbringung der Schullasten obliegt, Mehrkosten verursachen kann. Angesichts der gesparten Finanzlage der Länder und Gemeinden ist sie bereit, den Ländern eine einmalige Beihilfe bis zu dreißig Millionen Mark in Aussicht zu stellen. Diese Beihilfe soll in erster Linie dazu dienen, die Ueberleitung der zurzeit bestehenden Schulverhältnisse, namentlich auch in leistungsschwachen Schulgemeinden, in den neuen Rechtszustand zu erleichtern. Ein voller Erlaß der Kosten, die die Durchführung des Reichschulgesetzes etwa erfordert, insbesondere eine Beteiligung des Reiches an den laufenden Mehrkosten für das Volksschulwesen, muß nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch deshalb abgelehnt werden, weil es kaum möglich sein wird, Kosten, die auf Grund der Durchführung des Schulgesetzes erwachsen, von denjenigen Ausgaben zu trennen, die das in stetiger Entwicklung befindliche Volksschulwesen auch ohne den Erlaß dieses Gesetzes verursachen wird. Das Nähere über die Art der Verteilung soll von der Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgelegt werden.“

Diese nichtsagende Erklärung des Reichsinnenministers stieß im Bildungsausschuss des Reichstages auf den Widerstand der Opposition und einzelner Landesregierungen. In der Tat ist der in Aussicht gestellte Betrag von 30 Millionen Mark im Vergleich zu den wirklichen Kosten geradezu lächerlich. Preußen allein braucht z. B. nach der Berechnung seines Finanzministers selbst für den Fall, daß nur 1 Prozent der jetzigen Schularen umgewandelt werden muß, rund 59 Millionen Mark. Voraussetzlich ist der Prozentsatz aber in der Praxis wesentlich höher, sodaß die Gesamtkosten in die Hunderte von Millionen gehen. Aber was kümmert das den Bürgerblut und seine Regierung? Sie machen Gesetze, ohne sich um die Kosten zu kümmern und hätten niemals daran gedacht, sich darüber überhaupt Sorge zu machen, wenn die Opposition sie nicht unter Druck gesetzt und endlich Klarheit über die Kostenfrage gefordert hätte. Dieser Druck wird fortgesetzt werden, bis eine zufriedenstellende Erklärung der Reichsregierung abgegeben wird. Vor allem wäre dazu der Reichsfinanzminister berufen. Aber auch er hat bisher beharrlich geschwiegen. Die Opposition hat ihn deshalb am Dienstag ebenfalls zu näheren Äußerungen aufgefordert.

## Der Bürgerblut kneift.

Er verzagt die Beratung aller Streitpunkte.

Berlin, 25. Januar. (Eigener Fundbericht.) Der interfraktionelle Ausschuss der Reichsregierung befahte sich am Dienstag wieder einmal mit den jetzt seit Wochen unstrittigen Paragrafen des Reichschulgesetzes. Man kam überein, alle Paragraphen, die zu Konflikten Anlaß geben könnten, vorläufig nicht weiter zu beraten, aber trotzdem die erste Lesung des Gesetzes zu Ende zu führen. Mit dieser Patentlösung will man sich bis auf weiteres begnügen. Die Lösung der entstandenen Schwierigkeit soll versucht werden, sobald die zweite Lesung des Reichschulgesetzes erfolgt.

## Der Antrag der Volkspartei zum § 20.

Berlin, 25. Januar. (Eigener Fundbericht.) Die Deutsche Volkspartei hat inzwischen ihren Antrag zum § 20 des Reichschulgesetzes dem Bildungsausschuss des Reichstages vorgelegt. Er lautet: „In den Gebieten des Reiches, in denen bisher eine nach Befindnissen nicht getrennte Volksschule nach Gesetz oder Herkommen besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Zustande.“

Der Antrag läuft praktisch auf eine unbegrenzte Aufrechterhaltung der Simultanschulen hinaus. Man denkt im Lager der Regierungsparteien aber daran, diesen Antrag insofern zu mildern, als man dem Staatsgerichtshof die Definition der Simultanschuländer überlassen will. Die Volkspartei hat anscheinend nichts dagegen.

## Die neue Hilfsaktion für die Landwirtschaft.

Berlin, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Der interfraktionelle Ausschuss der Regierungsparteien beschäftigte sich am Dienstag mit der von der Regierung geplanten neuen Hilfsaktion für die Landwirtschaft. Gegen das Projekt einer Uebernahme der Rentenbankschuldsinsen durch das Reich wurden starke Bedenken vorgebracht und darauf hingewiesen, daß durch eine solche Maßnahme die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft im Zustande stark beeinträchtigt wird. Infolge dieser Ueberlegungen bezeugte der Ausschuss die ganze Frage als nicht spruchreif und überwies sie dem Finanzministerium zur weiteren Prüfung.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde u. a. auch die Kreditlage der Preussischen Zentralgenossenschaftsvereine erörtert und festgestellt, daß die Ueberleitung des Kreditolumens der Preußenkasse zu Rückforderungen führe, welche die Genossenschaftszentralen und Banken stark bedrücken. Außerdem sei die Preußenkasse durch 60 Millionen Mark Rentenbankschulden bei der Reichsbank belastet. Das Reichsfinanzministerium wird nun versuchen, der Preußenkasse das Kontingent von 60 Millionen Mark abzunehmen. Außerdem ist der Reichsfinanzminister bereit, den im vorigen Jahr gegebenen 100 Millionen Düngekredit erst zwischen der Ernte 1928 und dem 31. März 1929 in Raten zurückzufordern. Dadurch wird die Preußenkasse in Stand gesetzt, die am 1. Februar und am 1. April fälligen Wechselraten nicht zurückzufordern.

Soweit der Plan einer Auslandsanleihe für die Landwirtschaft zur Erörterung stand, wurde betont, daß sich der Auslandsgeldmarkt augenblicklich in sehr ungünstiger Verfassung befinde. Es sei jedoch auf eine Besserung zu hoffen. Dann wurde die Frage erörtert, ob die Begebung von Schatzwechseln zulässig wäre und konstatiert, daß die Reichsregierung bei der Ausgabe von Schatzwechseln völlig von der Lage des Geldmarktes abhängig sei. Die Reichsregierung beabsichtigt jedoch, eine Summe bis zu 100 Millionen Mark als Zwischenkredite für die Ueberleitung der schwebenden Personalschuld in fundierte Kredite zur Verfügung zu stellen.

## Ungarns Waffenschmuggel.

Die kleine Entente will doch protestieren.

Berlin, 25. Januar. (Eigener Fundbericht.) Der Belgrader Berichterstatter des „Petit Parisien“ hatte eine Unterredung mit dem holländischen Gesandten Gandy, der ihm versichert, daß die Kleine Entente trotz allem Druck doch gegen die ungarischen Waffenschmuggel protestieren werde. Darüber herrsche volle Einigkeit unter den beteiligten Regierungen. Man habe unüberlegliche Dokumente in der Hand, die beweisen, daß der jetzt entdeckte Waffenschmuggel der zweite dieser Art sei. Ungarn habe seit der Aufhebung der Militärkontrolle schon so viel Waffen eingeschmuggelt, daß es mindestens zehn kriegsfähige Divisionen ausrüsten könne.

Bras, 25. Januar. (Eigener Fundbericht.)

Der stellvertretende Ministerpräsident gab am Dienstag im Abgeordnetenhaus bekannt, daß als Speditur der an der Österreichisch-ungarischen Grenze beschlagnahmten Munition eine ungarische Firma in Frage komme. Angekündigt sei dagegen die Frage, für wen die Sendung unter welcher Deklaration bestimmt war. In Anbetracht dessen sei natürlich der Verdacht aufgetaucht, daß es sich um einen

Handel nach Ungarn handle, dem die Einfuhr von Waffen und Munition aus dem Auslande verboten sei.

Der stellvertretende Ministerpräsident vernies zum Schluß seiner Erklärung darauf, daß es sich um eine selbstverständliche Pflicht des Völkerbundes handele, wenn er sich der Angelegenheit annehme. Die Tschechoslowakei und die anderen, zu kleinen Entente gehörigen Staaten hätten sich deshalb entschlossen, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf den Vorfall von St. Gotthard zu lenken. Die Entscheidung über das weitere Vorgehen liege daher nun beim Völkerbundsrat.

## Nochmals: Die Ruhrkorruption vor dem Reichstag.

Wie die Reichsparteien Staatsgelder verschleudern und das Großkapital das Vaterland um des eigenen Gelddeutels willen im Stich läßt.

Berlin, 24. Januar. Der Reichstag wird um 14 Uhr von Präsident Ebert eröffnet. — Das Haus legt die erste Lesung des Reichshaushaltsplanes für 1928 fort.

Hg. Koch-Weser (Dem.) weist darauf hin, daß uns die Reichsverfassung in den vergangenen Jahren eine Führerauslese ermöglicht habe, die uns durch die schwersten inneren und äußeren Gefahren hindurchgebracht habe. Die Verfassung habe alle Wege zum Einheitsstaat freigemacht. Man müsse nur die verfassungsmäßigen Rechte gebrauchen. Bei einem Vergleich mit der Väterkonferenz könne niemand mehr über die Hilflosigkeit und Kompromißhaft des Völkerbundes spotten. Mit der Erhaltung der Eigenart der Stämme hätten die heutigen durch Fäulnis willkürlich geschaffenen Staaten nicht das Geringste zu tun. Keine Stadt wahre ihre Eigenart gegenüber Berlin mit größerer Sicherheit als das preussische Kön. Alle Konflikte mit Bayern seien nicht über Zuständigkeitsfragen, sondern wegen des Saupernitätsdankels in Bayern entstanden. Das Jahr deutschnationaler Ministerverantwortung habe ein großes Versehen der Sozialdemokratie zu fällen. Stillstand und Reaktion seien genau so gefährlich wie Revolution.

Reichsheimminister Essener teilt mit, daß sich die Reichsregierung bis zur Beratung des Reichswahlgesetzes darüber schlüssig werden wolle, ob der Saemisch-Bertrag zur Phœbus-Affäre veröffentlicht werden solle oder nicht. Weiter sprechen noch die Hgg. Torgler (Komm.) und Wenzel (Dnal.). Damit ist die erste Lesung des Etats beendet. Der kommunistische Antrag auf Veröffentlichung des Berichts des Sparrkommisars über das Ergebnis der Untersuchung der Phœbusaffäre wird im Hammersprung mit 178 Stimmen der Regierungsparteien gegen 141 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten abgelehnt.

Es folgt die Fortsetzung der vor den Weihnachtsferien abgebrochenen Beratung des

Berichts des Untersuchungsausschusses über die Feststellung der an die Ruhrindustriellen ausbezahlten Beiträge.

Hg. Rosenbaum (Komm.) verlangt von der Regierung Auskunft darüber, wie sie die bei der Ruhrbesetzung geschädigten Arbeiter und Angestellten entschädigen wolle.

Ministerialdirektor Dr. Dorn erklärt, die Regierung habe im Anschluß an die Ausschussberatungen zur Ruhrrentenabgabe eine Summe von 30 Millionen zur Unterfütterung der geschädigten Witwen, Waisen und Arbeitnehmer im Ruhrgebiet zur Verfügung gestellt. Damit sei die Forderung des Ausschusses erfüllt worden.

Hg. Dr. Herz (Soz.):

Gegenüber dem kommunistischen Redner brauche ich nur die Tatsache festzustellen, daß es die Sozialdemokratie selbst war, die Anfang 1925 die Vorgänge bei den geheimen Zahlungen an die Ruhrindustriellen an den Tag gebracht hat. Wäre es richtig, daß die damaligen sozialdemokratischen Minister daran beteiligt gewesen wären, so wäre es doch undenkbar, daß wir uns jetzt nach einigen Monaten in Anklagezustand versetzt haben könnten. Wir haben keinen Anlaß, uns in irgend einer Weise der Tätigkeit unserer damaligen Minister zu schämen. Wir hatten es nach wie vor für ein Ruhmesblatt in ihrer Tätigkeit, daß sie der damaligen Situation außerordentlich geschwunden waren, obwohl die Tatsache feststeht, daß das Niederausbauministerium, solange unser Mitglied Schmidt Minister war, an den Verhandlungen mit Stinnes nicht beteiligt war, daß aber das Aufbaumministerium hinzugezogen wurde, sobald nicht mehr ein Sozialdemokrat an seiner Spitze stand. Niemand ist von uns die Aufklärung vertreten worden, daß die Industriellen allein die Reparationslasten zu tragen hätten. Wer haben uns auch Rechts dagegen gewährt, daß das Rheinland zu einer Reparationsprovinz gemacht werde. Aber

unser Anlaß richtet sich dagegen, daß die Entschädigungszahlungen ohne jede Befragung des Parlaments unter Bruch des Staatsrechts des Reiches, ohne Unterrichtung der Öffentlichkeit getätigt worden sind.

Wer bestände uns dabei auch in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Bergarbeiterverbundes, und auf diesen Standpunkt hat sich auch der Untersuchungsausschuss gestellt.

Die drei sozialdemokratischen Minister, Kahr, Schmidt und Salzmann haben sich an der ersten Verhandlung am 20. Oktober 1925 über die Modalitäten des Ausgleichs zwischen der Reparationskommission und dem Reiches angenommen. Diese Teilnahme war richtig, sie hat aber nichts zu tun mit den Reden, die bei den Ruhrbesatzungen gemacht worden sind. Herr von Bindeker hat dann behauptet, die Regierung des Ausschusses habe den parlamentarischen Charakter des Reiches verletzt, indem sie Salzmann und Kahr zum Ausschuss ernannt. Diese Behauptung hat es aber nicht gegeben, sondern Bericht ausgeprochen, aber die Wahrheit hat sich nicht geändert.

# Die Verkümmernng des Auswärtigen Amtes.

**Tätigkeit wird ferngehalten — nur das Geld und der Name gilt.**  
 Berlin, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Anlässlich der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes im Haushaltsausschuss des Reichstages verfuhr der Reichsaussenminister am Dienstag mit allerhand Ausreden das plutokratische und feudale System in der Personalpolitik des Auswärtigen Amtes zu verkümmern. Stresemann will von besonderer Sozialtätigkeit nichts wissen, weil sonst gerade die übrigen Mitglieder des Ausschusses und vollwirtschaftliche Ausbildung veranlassen. Bei den Bewerbungen, so erklärte Stresemann, werde niemand aus dem Grunde zurückgewiesen, weil er irgend einer besonderen sozialen Schicht angehört. Aber es zeige sich schon bei den Bewerbungen eine gewisse Differenzierung. In der Hauptfrage nämlich die Bewerber aus Beamten und Staatsbediensteten fernhalten die Bewerber aus Staatsbeamten gemacht haben und müssten die Bewerber bis zum 30. Lebensjahr zu warten, bevor sie in eine Stellung eintreten, die ihnen genügenden Verdienst gebe.

Mit diesen Verlegenheitsworten bestärkt der Außenminister, dass im Auswärtigen Amt auch heute noch ein plutokratisches System herrscht. Um Leute aus den unteren Schichten fernzuhalten, werden die Verdienstmöglichkeiten eben bis zum 30. Lebensjahr unterbunden. Das war ja auch früher schon ganz allgemein in der preussischen Verwaltung der Fall. Nur wer Geld und Bratellion hat, kann es wagen, als Bewerber für den auswärtigen Dienst aufzutreten. Darüber ist die gesamte Öffentlichkeit so genau im Bilde, dass gewöhnliche Sterbliche — und mögen sie noch so gediegene Kenntnisse für die Laufbahn im auswärtigen Dienst mitbringen — es erst gar nicht darauf ankommen lassen, sich in der Wilhelmstraße bei einer Bewerbung einen Korb zu holen. Wie lange will der Reichstag diesen Zustand noch dulden?

# Deutsche Klassenjustiz.

**Der General wird natürlich freigesprochen.**  
 Leipzig, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der monarchistische Generalleutnant a. D. Bronsart von Schellendorf hatte im vergangenen Monat anlässlich einer Veranlassung des „Weltworts“ und des „Lannenbergbundes“ in Königsberg das Vergnügen geübt, von einer „amerikanischen Republik“ zu sprechen, die nur ihr Leben friste, weil sie die Offiziere und Beamten des alten Königtums übernommen habe. Der monarchistische General wurde damals trotz dieses schweren Vergehens gegen das Republikanismus freigesprochen. Der Staatsanwalt legte gegen dieses Urteil Revision ein, mit der sich am Dienstag der zweite Senat des Reichsgerichts befasste. Trotzdem der Reichsanwalt wegen des Ausdrucks „amerikanische Republik“ eine Bestrafung des Angeklagten verlangte, verwarf der Senat die Revision.

Der gleiche Senat bestätigte dagegen die schwere Strafe gegen einen Arbeiter Werker, der vom Landgericht in Berlin wegen kommunistischer Ausschreitungen und Beleidigungen im September v. J. zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er angeblich mit zwei anderen Genossen einen Polizeibeamten tödlich beleidigt hatte.

# Der neueste Bürgerblutschwindel.

**Kraus in der Koalition über das Rentnerverordnungsgezet.**  
 Berlin, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Der Bürgerblut schreit von Konflikt zu Konflikt. Der neue Kraus in der Koalition über die Schaffung eines Rentnerverordnungsgezetes entstanden. Die Regierung, die durch die Verschleppung dieser Frage in den Kreisen der Reichsversammlung, hat die Demokratische und die Deutsche Volkspartei veranlasst, jetzt in die Beratung des demokratischen Antrags einzutreten, den sie vor zwei Monaten gegen die Stimmen der Linken abgelehnt haben. Die Haltung der Reichsregierung und zwar des Gesamtkabinetts — nicht nur des Arbeitsministeriums, wie es die Rechte darzustellen beliebt — ist heute noch die gleiche wie im November. Die Regierung verlangt die Verschleppung der Beratung bis zum Abschluss der Staatsberatung, weil erst dann zu überlegen ist, welche Mittel für die Rentnerverordnungs zur Verfügung stehen. In den interparteilichen Verhandlungen der Regierungsparteien ist es inzwischen wegen dieser Differenz und wegen des Inhalts des Rentnerverordnungsgezetes zu den heftigsten Auseinandersetzungen zwischen dem Zentrum und den beiden Reichsparteien gekommen.

In der Dienstagssitzung des Sozialpolitischen Ausschusses erklärte nun die Zentrumsabgeordnete Frau Tusch, dass sich das Zentrum angelehnt der Haltung der anderen Regierungsparteien einer Beratung der unrichtigen Frage nicht widersetze. Es lehne aber jede Verantwortung für die Erzeugung unangenehmer unerwarteter Hoffnungen ab. Dieser Erklärung schloss sich die Deutsche Volkspartei an. Als dann in die materielle Beratung der demokratischen Vorlage eingetreten wurde, ergab sich sofort, dass die Reichsparteien nur eine kleine Gruppe ehemals wohlhabender Opfer der Inflation herausgreifen und einen Rechtsanspruch auf Rente gewähren wollen, während die große Mehrheit der enteigneten Kleintentner der öffentlichen Fürsorge überlassen bleiben soll. Diesen Absichten wurde von den Reichsparteien der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten entschieden widersprochen. Der sozialdemokratische Abg. H. v. S. erklärte, dass man die Inflationsoffer, bei denen der Zins aus eripiertem Kapital nur einen Teil der Erfindungsgrundlage gebildet hat, nicht schlechter behandeln könne als jene, die vom Zinseszins allein leben konnten. — Zu Abminderungen kam es im Ausschuss noch nicht.

# Er fühlt sich getroffen.

**Der verprügelte Kapitän klagt.**  
 Das Kriegstagebuch des christlichen Matrosen G. Tump ist wie die Flotte zerbrach (H. S. M. Dieck) soll Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens werden. Ein früherer Kapitän Max Fischer fühlt sich beleidigt, weil es auf Seite 43 des Tagebuches heißt, er habe als erster Offizier auf dem „Derfflinger“ „eine Traurige Prügel erhalten, was bei uns an Bord große Genugtuung hervorruft, denn Max war früher bei uns an Bord und durch seine Ungetreulichkeit verurteilt.“ Diese Stelle des Tagebuches ist in einer Besprechung in der „Bolschischen Zeitung“ neben anderen mit abgedruckt worden. Jetzt klagt Fischer gegen den christlichen Arbeiter G. Tump in Nürnberg und gegen den Redakteur Carl Misch als Verantwortlichen der „Bolschischen Zeitung“. Er wollte die Klage auch auf den sozialdemokratischen Abg. Dittmann ausdehnen, weil dieser in dem Vorwort zu dem Tagebuch behauptet habe, dass er mit dem Gesamtinhalt des Buches, also auch mit der angeblichen Beleidigung, einverstanden sei. Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstages hatte für diese grösste Behauptung kein Verständnis und versagte die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Dittmann.

# Der Bod soll Gärtner werden.

**Sorgt sich Reichsgerichtsrat Lorenz befördern.**  
 Der Reichsjustizminister hat dem Reichsrat als Nachfolger des Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Dr. Niedner, dessen bisheriger Stellvertreter, Reichsgerichtsrat Lorenz, vorgeschlagen. Der Reichsrat soll sich mit einer entsprechenden Vorlage bereits am Donnerstag befassen. Voraussetzungen sind die Entscheidung über bis zum weiteren verlag, da die Kandidatur Lorenz auch im Reichsrat unstritten ist. Sicher scheint schon heute, dass sich unter Lorenz an den unter Niedner entstandenen Zuständen nichts ändern wird.

# Auflösung einer Ortsgruppe der Roten Frontkämpfer.

Berlin, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Amlich wird gemeldet: Der Preussische Minister des Innern hat auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 22. März 1921 in Verbindung mit der Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 12. Februar 1926 mit Zustimmung der Reichsregierung die Ortsgruppe Falkenburg in Pommern des „Roten Frontkämpferbundes“ einschliesslich der „Roten Jungfront“ aufgelöst, weil aus ihrem Verhalten hervorgeht, dass ihr Zweck im Widerspruch zu den erwähnten Bestimmungen des Friedensvertrages steht.

Alle militärischen Geräte und sonstigen Gegenstände der genannten Ortsgruppe oder ihrer Mitglieder, die den unzulässigen Zwecken unmittelbar gedient haben, werden gemäß § 3 des Gesetzes vom 22. März 1921 zugunsten des Reiches beschlagnahmt und eingezogen.

# Wird in der Marinesverwaltung endlich Ordnung geschaffen?

Berlin, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Das Reichsmarineamt bereitet, wie wir erfahren, zurzeit eine Denkschrift über einen Reorganisationsplan zur Vereinfachung der Marinesverwaltung vor. Diese Arbeit erfolgt in gewissem Zusammenhang mit der Phobus-Affäre. Man spricht in der Reorganisationsdenkschrift, wenigstens einen Teil der für die Phobus-Affäre verurteilten Steuergelehrten durch eigene Sparmassnahmen herauszulassen zu wollen. Uns scheint es zu diesem Zwecke notwendig, vor allem auf den Bau von Panzerkreuzern zu verzichten.

abgelehnt. (Hört! Hört! links.) Die Mehrheit hat beschlossen, dass von einer Anerkennung des privatwirtschaftlichen Charakters keine Rede sein könne. Es ist lediglich anerkannt worden, dass über den privatwirtschaftlichen Charakter des Briefwechsels Zweifel entstehen könnten. Die Sozialdemokratie hat den privatwirtschaftlichen Charakter des Briefwechsels kritisiert. Wir haben uns dabei von folgenden Erwägungen leiten lassen: Entweder hat der Briefwechsel den Charakter einer politischen Zugabe, dann besteht keine Pflicht zur Zahlung, wohl aber zur Zurückforderung der Heberzahlungen. Oder es handelt sich um einen privatwirtschaftlichen Vertrag, dann besteht kein Recht auf Zurückforderung. Wenn sie nach rechts sich auf den zweiten Standpunkt stellen, und sich an die Zeit erinnern vom Oktober 1923, wo kein Mensch wissen konnte, ob das Deutsche Reich das Jahr noch überleben würde,

so sieht damit fest, dass in dieser schwersten Zeit des Deutschen Reichs die Ruhrindustriellen nicht an das Reich, nicht an die Allgemeinheit, nicht an das Deutsche Volk gedacht haben, sondern lediglich daran, wie sie sich einen Vermögensanspruch schaffen können. Sie haben sich einen privatwirtschaftlichen Vertrag geben lassen und Herr v. Lindener befreit ihnen damit, dass sie dabei wie an den eigenen Geldbeutel gedacht haben.

Herr v. Lindener hat ja selbst am 10. Dezember in seiner Rede im Reichstag zugegeben, dass die Ruhrindustriellen im Jahre 1923 ihre monopolistische Machtstellung dazu ausgenutzt haben, ihre Ansprüche vor den Ansprüchen der anderen Geschädigten zu stellen. (Schlauer! Hört! links.) Die Deutschnationalen haben kein Wort der Entschuldigung über dieses Verhalten gesprochen, kein Wort der Anerkennung für die Ruhrbevölkerung, die entgegengekehrt behandelt hat, die große Opfer gebracht hat, ohne daran zu denken, dem Reich später die Rechnung zu präsentieren.

Die „Industrie- und Handelszeitung“, die Herrn Sinnes vorstand, hat am 1. Februar 1925 deutlich ausgesprochen, warum der Reichstag nicht beteiligt werden sollte: „Die großen Industriellen hatten keine Lust, hier Ansprüche durch das sattham besessene Reich im Reichstagsausschuss mit einem mehr oder weniger faulen Kompromiss zu verständigen.“ Diese Scheu vor dem Reichstag ist zu verstehen, da ja die Familie Sinnes allein 100 Millionen erhalten hat, der Harpener Bergbau 33 Millionen, Rüdner 17 Millionen, Hennemann 19 Millionen, Hähnel 19 Millionen, die Rheinischen Stahlwerke 20 Millionen, Thyssen 34 Millionen, Krupp 13 Millionen. Die Sozialdemokratie ist auf Grund der Verhandlungen im Ausschuss zu der Ueberzeugung gelangt, dass

Ueberzahlungen im Betrage von 83 Millionen geleistet worden sind. Die Mehrheit des Ausschusses hat sich diesem Standpunkt leider nicht angeschlossen, aber immerhin festgestellt, dass Ueberzahlungen von erheblichem Umfange geleistet wurden. Herr v. Lindener, der diese Ueberzahlungen bestritten hat, legt sich im Widerspruch mit seinem Parteivorstandemacher, der im Ausschuss erklärt hat: „Dass von Ueberzahlungen nur bei den 33 Millionen Markt für die auf Grund der Millionverträge geleisteten Kohlenmengen und von der einen Million Markt für Kohlensteuer die Rede sein könne.“ Also auch von dieser Seite ist anerkannt worden, dass Ueberzahlungen in erheblichem Maße vorliegen. (Hört, hört! bei den Soz.)

Der kommunistische Antrag auf Erhebung einer Anklage gegen die Minister Stresemann und Marx ist nur eine letzte Demagogik. Wir lehnen ihn ab, weil wir nicht den Staatsgerichtshof für geeignet halten, über solche politischen Fragen zu entscheiden. Wenn wir die Arbeit des Ausschusses betrachten, insbesondere uns daran erinnern, dass die Reichsparteien im Jahre 1925 die Auffassung vertreten haben, dass alles in Ordnung sei, so brauchen wir mit dem Ergebnis nicht unzufrieden zu sein. Die Hoffnung der Industriellen, dass sich der Ausschuss ihrer Meinung befennen werde, hat sich nicht erfüllt. Der Bericht des Herrn Stresemann, in Verbindung mit den Kommunisten die Mitverantwortung der sozialdemokratischen Minister für diese Dinge festzustellen, ist möglich. Diese Behauptung hat sich als unabweisbar erwiesen. Wir beschränken uns auf die Forderung der Erziehung der Ueberzahlungen und ihrer Auszahlung an Mittelstand, Arbeiter und Ungepöbel. Wir bitten dabei folgende

offensivere Ansicht von den Reichsparteien gebildet wird und dass die Pflicht, die minderbemittelten Volksteile vor Unrecht zu bewahren, genau so wie im alten Obrigkeitsstaat, auch jetzt wieder der Sozialdemokratie überlassen bleibt. (Schlauer! Hört! bei den Soz.)

Herr Reichert-Baben (Dem.) begründet folgenden Antrag seines Freunde: „Der Reichstag mißbilligt auf das schärfste die von dem Untersuchungsamt des Reichstages vorliegende Denkschrift.“

Herr Effer (Zit.) erklärt, die Debatte habe keinen Anlaß gegeben, das Verbot des Ausschusses irgendwie zu ändern. Das Zentrum beantragt deshalb mit Unterstützung der übrigen Regierungsparteien: „Der Reichstag nimmt den Bericht des Ausschusses entgegen und schließt sich dem Verbot des Ausschusses an.“ Damit schließt die Aussprache.

Präsident Eise erklärt, der kommunistische Antrag, der die für die Ruhr-Entschädigung verantwortlichen Minister vor dem Staatsgerichtshof stellen will, könne nicht zur Zustimmung kommen, weil er nicht die in einem solchen Fall erforderlichen 100 Unterfertigungen habe.

Der sozialdemokratische Antrag, der die Einziehung der Ueberzahlungen und ihre Verteilung an die ge-

# Petroleum.

Roman von Upton Sinclair.  
 Copyright 1927 by Knopf Verlag L. G., Berlin R. 58.  
 (Nachdruck verboten.)

Am folgenden Tag erschien in einem verstaubten Frachtwagen Herr Joe Hammer und ergriffte den Boden, die Eingänge zu unterstreichen. Herr Koh machte ein gebieterisches Gesicht, das ihn von der Seite anstarrte. Der auf das Allgemeinwohl bedachte Herr Hammer — er erhielt von Jahr zu Jahr drei Dollars für den Tag — betrachtete eine Weile, und schliesslich wählte Herr Koh ein, die anderen sollten ihn nicht für einen Geizhals halten. Der Tag nachher kam die Nachricht, dass die Erdölgesellschaft eine außerordentliche Sitzung abgehalten und beschlossen habe, die Straße sofort gesperrt zu lassen. Und nach weiteren zwei Tagen richtete bereits die Erdölgesellschaft, sowie alle ihre Freunde mit ihren Helfern die Kolonnen der Arbeiter, welche die Straße bis zum Ende einer unendlichen Reihe von Kolonnen absperrten, das Material, gewaltige Dampfmaschinen, um es zu verschieben, es war wunderbar zu sehen, was Petroleum

IV.  
 Die neue Straße war fertig, desgleichen die Kanäle; sie wurde bereits benutzt. Der Arbeiter der Hammer hatte sich eingekauft; Paul arbeitete weiter in der Bohrerfabrik. Wieder erschien die Kolonne der Bohrer mit den Bohrmaschinen, und auch hier fand Paul eine Behinderung. Er sah die Straße, welche er bis alle diese unangenehme Dinge erledigen sollte, aber der Herr Koh schickte ihn zurück zum Bohrer, um zu sehen, ob er die Bohrer wieder. Sie waren im Bohrer hinter der Bohrerfabrik zurückgeblieben, bis heute bereits mit den Bohrer begonnen. Paul hatte die Geschichte von allen Seiten aus eine richtige Straße zur Verfügung gehabt. Aber heute wurde er daran gehindert, bis heute wurde, bis zum Ende der Straße sei es immer so.

Die neue Straße war fertig, desgleichen die Kanäle; sie wurde bereits benutzt. Der Arbeiter der Hammer hatte sich eingekauft; Paul arbeitete weiter in der Bohrerfabrik. Wieder erschien die Kolonne der Bohrer mit den Bohrmaschinen, und auch hier fand Paul eine Behinderung. Er sah die Straße, welche er bis alle diese unangenehme Dinge erledigen sollte, aber der Herr Koh schickte ihn zurück zum Bohrer, um zu sehen, ob er die Bohrer wieder. Sie waren im Bohrer hinter der Bohrerfabrik zurückgeblieben, bis heute bereits mit den Bohrer begonnen. Paul hatte die Geschichte von allen Seiten aus eine richtige Straße zur Verfügung gehabt. Aber heute wurde er daran gehindert, bis heute wurde, bis zum Ende der Straße sei es immer so.

reichten an Nachmittag den Resten-Arbeits, fahren auf der neuen Straße dahin, auf ihrer eigenen Privatstraße! Bei den Bohrer war niemand daheim; alle hatten sich zum Bohrer begeben; schon von weitem sah man die Menge, die ihn umlagerte. Es war ein hässlicher, unruhiger, glänzender Bohrer, der auf einem kleinen Platz in der hellen Höhe des Hügels auftrat: „Hoh! Hoh! Paradies Nr. 1!“

Der Bohrerführer kam ihnen entgegen und begrüßte sie. Alles war bereit, der Bohrer lag im Hof, die Bohrerfabrik stand auf dem Hügel; es hätte mit der Arbeit schon vor zwei Stunden begonnen werden können. Heute sah man im Hintergrund zwischen den anderen Arbeitern. Und auch Koh bemerkte es, kam ihrer Familie. Heute war es für sie, heute sah, alle zu sehen, logar den alten Herrn Kohler, angeblich seines Kellners, Glühens, Anwesens und anderer Leute. Sie ganz Unbehagen hatte sich eingestellt; heute konnte nicht der Bohrer sein Namen, sprach mit allen, ob er es nicht heute über nicht. Die Leute hatten den Bohrer gesehen, den jungen Prinzen, nach dem eine Petroleumquelle gesucht werden sollte. Einige freilich hatten gewisse Bedenken, weil sie ihren Bohrer so billig verkaufen hätten, hätte er sich an ihn gelassen, so wäre auch die Arbeit nicht beendet worden. Doch versetzte er nun durch nichts nicht zu machen, denn es war eine große Sache, eine Petroleumquelle, über die sie noch viele Tage sprechen würden.

Der Koh begrüßte auch einige Dinge, welche eifrig fragten und machte sich an Bohrer, der bei der Bohrerfabrik stand, die Hand auf den Hügel: „Los, mein Sohn!“

Heute kramte auf den Hügel, die Bohrerfabrik kramte während auf, die Kette lag an, der Bohrer war fertig, der Bohrerführer begann sich zu bewegen, und unter dem Bohrer wurde kein unangenehmes Geräusch, das die Petroleumquelle mit „Hoh!“ klang.

V.  
 In einer Ecke des verstaubten Hofes lag ein Bohrerfabrikant; — der Bohrer Bohrerfabrikant ging, und unter weinte, hier gab es genug Petroleum, um ihn bis zum Jahr lang zu versorgen. Aber er sah den Bohrer, mit einem Bohrerfabrikant, dass eine kleine Bohrerfabrik, ohne Bohrerfabrik, weil der Bohrer so für den Bohrer wurde, dass er nicht mehr Bohrerfabrikant, der Bohrerfabrikant mit „Hoh!“ klang.

wolle studieren, er bilde sich nicht ein, dass die höheren Posten weniger Arbeit bedeuteten, und sei keineswegs geneigt, seinen Achtsundachtzig gegen den Achtzehnjährigen des Herrn Koh einzutauschen. Das war eine feine Schmeichelei, und Vater Koh hielt von da an große Stücke auf Paul.

Der Erntefesttag kam, und Bunns Seele wurde von Zweifeln zerfressen: an diesem Tage fand das große Fußballspiel der Schule gegen die „Bolsy High“ aus Angel City statt. Was war Bunns wirklich: ein normaler Knabe oder ein Petroleumzweig? Er kämpfte es mit sich aus, dann verkündete er zu Koffe Laimars und Tante Emmas Bestürzung seinen Beschluß: er werde mit Vater nach Paradies fahren. Man könne bereits Wachteln kochen, erklärte Bunns der Tante, und der Vater bedürfte einer Erholung. Die kluge alte Dame jedoch erwiderte, Bunns könnte vielleicht sich selbst zum Narren halten, nicht aber sie.

Diesmal brauchten sie keine Lagerausstattung mitzunehmen. Siegen sie doch ihr behagliches Landhaus, in dem es auch ein Telefon gab. Es genügte, Ruth anzutelephonieren; dann machte sie ein gemütliches Feuer und ein gutes Abendessen, das den Vater zwang am nächsten Tag Hundentausend zwischen den Fingern umherzuwandern. Jetzt machten sie selbstverständlich bei der Quelle Halt, beschäftigten alles; sprachen mit dem Werkführer. Man war abermals auf Petroleumquellen gekommen; der Vater hatte befohlen, eine Schichtprobe zu nehmen; Herr Fanning, der Geologe, sollte am folgenden Tag nachkommen und sie analysieren. Sie erreichten den Bohrer. Das Gelände war aus dem Loch herausgeholt worden; die Bohrer fanden umher. Ein Drahtseil hing ins Loch hinab. Dave Murgins, der Werkmeister, erblickte die beiden und kam gelaufen; es war ihm anzumerken, dass etwas gefehlt war. „Ein Unglück, Herr Koh.“

Was ist los?  
 Ein Mann ist ins Loch gefallen.“  
 Rein Gott! Wer?  
 Bunns Herz pochte heftig; er dachte selbstverständlich sofort, dass es Paul sein müßte.

„Ein Kerl namens Joe Gaudy. Sie kennen ihn nicht.“  
 Wie ist es gekommen?  
 Rein Koh schweig. Wir verschließen den Bohrer, und dieser Kerl kroch aus irgendwelchem Grund in den Keller; er sollte dort gar nichts zu suchen. Eine Zeilang dachte niemand an ihn.“

„Hört er bestimmt ins Loch gefallen?“  
 (Fortsetzung folgt.)

# Pariser Brief.

Eine Schicksal um die „Vorgeschichte“.

Ein kleines französisches Dorf, Glozel, auf einem Hügel aufgebaut, ganz am Rande der Auvergne, ist plötzlich berühmt geworden. Wird diese Berühmtheit andauern, wird sie der Nutzung durch die Jahre und Jahrhunderte widerstehen? Oder wird sie wohl ebenso schnell hinschwinden, wie sie sich verbreitet hat? Es ist verfrüht, darüber irgend eine feste Voraussage zu machen. Es steht übrigens auch den Laien, wie wir sie sind, nicht zu, eine Frage anzuschneiden, über die die Gelehrten und die berufsmäßigen Archäologen, und mit welcher Festigkeit! handgemein geworden sind.

Lebt dort eine Bauernfamilie, die Fradins, die während sie den Boden bearbeitete und beackerte, behauene und geschliffene Gegenstände, Messer, Pfeile und Scherben entdeckt hat, die aus vorgeschichtlichen Zeiten stammen sollen. Merkwürdige Inschriften sollen auf ihnen eingegraben sein, die gewisse Angaben, die den Ursprung der Schrift betreffen, umfassen würden. Sobald die Nachricht darüber in Umlauf gesetzt war, haben diese Entdeckungen die gelehrte Welt in zwei wild miteinander kämpfende Lager gespalten.

So gibt es jetzt Glozellaner und Anti-Glozellaner. Auf beiden Seiten befehdigt, beschimpft man sich mit unerhörter Leidenschaft.

Jemand hat einmal gesagt: „Gelehrte können Unrecht haben, die Wissenschaft niemals.“ Die Schwierigkeit ist nur, zu wissen, in welchem Lager die Wissenschaft steht. Ganz klar! Sie steht in unserem Lager, rufen die Glozellaner.

Na nu, erwidern ihre Gegner, ihr seid feierliche Dummköpfe oder widerwärtige Falscher.

„Der Mann der Straße“, der Zuschauer, der nichts von diesen Problemen weiß und der nur verlangt, glauben zu können, weiß natürlich nicht, auf welche Seite er sich stellen soll. Denn jede Gruppe enthält bedeutende Persönlichkeiten in sich, die durch ihre früheren Arbeiten in bestem Ruf stehen.

Eine internationale Kommission ist auf der Wahlstatt angekommen. Alle Gelehrte mit Briefen haben sich über die zusammengebrachten Sammlungen gebeugt. Man muß anerkennen, daß ihr Bericht ihnen die Glaubwürdigkeit abspricht und auf Betrug erweist.

Darauf haben die Glozellaner ein lautes Geschrei angestimmt. Ein Professor hat ihre Verteidigung sogar in der Sorbonne übernommen und seine Vorlesungen haben die lebhaftesten Jurnesaussprüche der Anti-Glozellaner hervorgerufen.

Wir haben uns einige Augenblicke mit einem ausgesprochenen Anti-Glozellaner unterhalten können.

„Halten Sie es für möglich, daß die 2000 oder 3000 in Glozel gefundenen Stücke falsch sind?“

„Alle sind sie falsch! Es ist eine Komödie, die ohne Vorgang ist. Ein monumentaler Betrug. Z. B. befindet sich auf einem der Kieselsteine, den man uns vorgezeigt hat, eine lateinische Inschrift, die folgende Worte enthält: „Wenn du krank bist, geh nach Vichy.“ Daß die Wasser von Vichy seit langem existieren, bestritten wir nicht. Aber daß die vorgeschichtlichen Menschen lateinisch gekannt haben, das ist in der Tat äußerst anmaßlich!“

Wir haben auch einen Glozellaner besucht.

„Wie kann man zugeben, sagte er uns, daß eine unwissende Bauernfamilie, selbst mit Hilfe eines Landarztes, auf diese Weise Tausende von Gegenständen hätten fabriziert können und daß es ihnen gelungen wäre, sie so tief in den Boden unter unversessenen Wurzeln und Wurzeln einzugraben?“

Der Gelehrte Salomon Reinach ist rund und nett ein Glozellaner. Man schreibt ihm das heroisch-komische Wort zu: „Ich bin ein Orestes der Wissenschaft!“

Aber seine Gegner stellen fest, daß es nicht das erste Mal ist, daß Salomon Reinach großen Irrtümern zum Opfer fällt; und sie erinnern an die Geschichte von der Krone des Saitaphernes, bei der sich in der Tat der Scharfblick und die Kenntnis des Meisters ernstlich auf falscher Spur befanden.

Gegen ihn wie gegen die Glozellaner wendet sich nicht nur die Autorität der internationalen Kommission, sondern auch, erkennen wir es ruhig an, die Praktiker wie M. Champion, der durch seine meisterhafte Leitung des vorgeschichtlichen Museums von St. Germain en Laye, neben dem von Périgieux das wichtigste von Frankreich, sehr berühmt geworden ist, und wie M. Peyrony, der durch seine bemerkenswerten Entdeckungen bei der Niederlassung der Magdalenen bei Enlène (Dordogne), einer der wichtigsten der Welt.

Bis jetzt scheinen also die Anti-Glozellaner den Sieg davontragen zu müssen. Aber warten wir klug und geduldig die Ereignisse ab, wie es sich für Laien ziemt, die dieser Wirrwarr der Gelehrten ungeheuer amüsiert. Paul Faure.

## Das französische Rekrutierungs-gesetz.

Die französische Kammer hat soeben nach monatelangen Beratungen das Gesetz über die Herabsetzung der gegenwärtigen einjährigen Dienstzeit auf ein Jahr verabschiedet. Die Sozialisten aber, die eigentlichen Wortkämpfer dieses Fortschritts, haben dem Entwurf ihre positive Zustimmung verweigert und sind der Stimme enthalten geblieben. Diese Stellungnahme erklärt sich daraus, daß das neue Gesetz so ausgehöhlt wurde, daß man nur noch von „einjähriger Dienstpflicht unter Vorbehalt“ sprechen kann. Abgesehen davon, daß es erst am 1. November 1930 in Wirksamkeit treten soll, ist auch dieses Datum keineswegs endgültig gesichert, sondern nur „grundsätzlich“ vorgegeben. Erst müssen etliche „Vorbedingungen“ erfüllt werden, insbesondere muß die Heranziehung von mehreren zehntausend Berufssoldaten und Militärbeamten bis zu diesem Zeitpunkt gelingen, sonst wird es auch über den 1. November 1930 hinaus bei der einjährigen Dienstzeit bleiben. Alle sozialistischen Verbesserungsvorschläge, einschließlich eines Vorwärtiges von Renaudel, den 1. Mai 1930 als Stichtag zu bestimmen, wurden mit Hilfe der Vertrauensfrage, die Kriegsminister Painlevé, als williges Werkzeug des französischen Generalstabes, jedesmal stellte, mit der üblichen Regierungsmehrheit abgelehnt. Natürlich erlitt der sozialistische Antrag, die „Vorbedingungen“ überhaupt zu streichen und das Gesetz bedingungslos anzunehmen, das gleiche Schicksal: nur die Sozialisten, die Kommunisten und eine Minderheit der bürgerlichen Linken ließen ihrem Wahlversprechen von 1924 bis zuletzt treu.

Denn es handelt sich bei diesem Gesetz um die Verwirklichung einer systematischen Militärreform, die ihren Ursprung in dem Gedanken hat, die Jean Jaurès in seinem grundlegenden Werk über „die neue Armee“ entwickelt hat. Bekanntlich bestand vor dem Kriege bei den neuesten Berufsmilitärs der Aberglaube, daß ein Krieg nur mit einem

möglichst starken stehenden Heer erfolgreich geführt werden kann. Denn der Krieg würde nur kurz und in den ersten Schlägen entschieden sein, ehe die Reserven in Aktion treten können. Von diesen Grundanschauungen ausgehend, die sich bald danach als grundfalsch herausstellten, setzte im Jahre 1913 der französische Generalstab die Erhöhung der damaligen zwei-jährigen Dienstzeit auf drei Jahre durch. Vergebens kämpfte damals Jaurès an der Spitze der Linken gegen die Forderungen des Generalstabes. Wenige Monate später sollte der Gang der militärischen Ereignisse beweisen, daß der sozialdemokratische „Aide“ die Bedeutung der Reserven viel richtiger erkannt hatte, als der „unfehlbare“ Generalstab.

Nach dem Friedensschluß ging man nun auch in Frankreich langsam dazu über, die Lehren aus dem Weltkrieg zu ziehen. Man setzte zunächst die dreijährige Dienstzeit auf zwei Jahre, sodann auf eineinhalb Jahre herab. Immer waren es die Sozialisten, die in diesem Kampfe für die Demokratisierung des Wehrgeandens das heißt für die Verkürzung der aktiven Dienstzeit, für die Herabsetzung des stehenden Heeres und für die Ausweitung der Reserven im Sinne des Militärs, führend waren. Der Generalstab übte dagegen passive Resistenz. Die achtzehnmönatige Dienstzeit sollte nach den Versicherungen der Regierung nur eine Übergangsmassnahme auf dem Wege zur Einführung der einjährigen Dienstzeit sein. Die Sozialisten veranlaßten vor vier Jahren alle Parteien des Linkskartells, sich auf die Forderung der einjährigen Dienstzeit festzulegen — die nach Ansicht der Sozialisten später weiter herabgesetzt werden soll bis zur Verwirklichung des Militärsystems nach Schweizer Muster.

Aber unter der Regierung der „nationalen Einigkeit“ hat nicht allein die Rechte, sondern auch der Generalstab wieder an Einfluß gewonnen. Genau so wie in Belgien die Generale die sozialistische Forderung der sechsmonatigen Dienstzeit vorläufig zu Fall gebracht haben, so haben nun auch in Frankreich die Generale erklärt, daß die „Sicherheit Frankreichs“ eine sofortige Einführung der einjährigen Dienstzeit nicht zulasse, und daß letztere an die bereits erwähnten „Vorbedingungen“ geknüpft werden müsse. Vor den „unfehlbaren“ Generalstabern sind natürlich alle schamantischen Elemente der Linksparteien, vor allem die Poincaré-Minister Painlevé, Herriot und Briand zusammengeklappt. Frankreichs „Sicherheit“ ist wieder einmal gerettet, da mindestens während zweier weiterer Jahre die französischen Rekruten sechs Monate länger in den Kasernen und auf den Exerzierplätzen geduldet werden sollen.

In diesem Reizspiel mag man erkennen, wie groß die Widerstände sein dürften, die sich den weit radikaleren Ausrüstungsmaßnahmen in Frankreich und in anderen Staaten gegenüber entgegensetzen werden, die das Völkerverbandsstatut vorseht und die auf der geplanten Konferenz zur Debatte stehen werden. Der deutsche Militarismus ist durch die Niederlage zusammengebrochen und trittet nur noch ein zwar innerlich nicht tödendes, aber außenpolitisch unerschütterliches Dasein. Aber der Militarismus in den übrigen Ländern ist ebenso stark wie vor dem Kriege. Er hält an seinen Vorurteilen von 1914 fest und spürt den Trümpfen seiner Unfehlbarkeit jedesmal erfolgreich aus, wenn es gilt, einen demokratischen Fortschritt zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen.

## Die Finanzdebatte in Frankreich

Ruhiger Beginn. — Wieder Uneinigkeit der Radikalen.

Paris, 25. Januar. (Eig. Funkbericht.) Der gestrige erste Tag der großen Finanzansprache in der Kammer bildete für die Öffentlichkeit in Frankreich eine große Enttäuschung. Man hatte gehofft, daß es sofort zu einem scharfen Waffengang zwischen der Regierung und der Kammer kommen werde über die verschiedenen Stabilisierungstheorien. Statt dessen erlebte man nur wohltemperierte, rein akademische Vorträge.

Die Kernsitzung im Schoße des Kabinetts scheint sich angeht dieses außerordentlich ruhigen Beginns der Auseinandersetzungen stark entspannt zu haben. Poincaré hat angekündigt, daß er seinen großen Rechenschaftsbericht vielleicht noch weiter vertagen werde, eventuell dürfte er erst in der nächsten Woche das Wort ergreifen.

Eine der größten Chancen für Poincaré ist, daß auch diesmal wieder seine Gegner uneinig und innerlich gespalten sind. Die Radikalsozialisten, deren Kammerfraktion am Dienstag zusammengetreten war, um sich über ihre endgültige Haltung in der Finanzfrage schlüssig zu werden, ist wiederum zu keiner Einigung gelangt. Eine vom Abgeordneten Malon ausgearbeitete Tagesordnung wurde zwar angenommen, es konnte jedoch über die Taktik, die bei der Endabstimmung eingeschlagen werden soll, eine Einigung nicht erzielt werden. Die Regierung dürfte nämlich im Verlauf der Finanzdebatte selbst eine Tagesordnung einbringen und die Vertrauensfrage stellen. Die radikalen Abgeordneten würden dann vor die Wahl gestellt sein, entweder ihre eigene Tagesordnung aufrecht zu erhalten und damit die Regierung in die Minderheit zu versetzen oder, wie bisher, durch getrenntes Vorgehen der beiden Parteiflügel die Regierung zu retten. Die Fraktion wird die Erörterung über diese Frage am Mittwoch fortsetzen.

In der Kammer ergriff als erster Interpellant der sozialistische Abgeordnete Bedouce das Wort. Die sozialistische Partei werde gewöhnlich als destruktiv bezeichnet, doch wäre gerade sie es gemein, die infolge der mangelnden Initiative der bürgerlichen Parteien ein konstruktives Sanierungsprogramm vorgelegt habe. Bedouce erörterte hierauf ausführlich die Ursachen der Währungsirise. Schon während des Krieges wären große Fehler gemacht worden, da man es ablehnte, das Kapital der Bürger zu mobilisieren und dem englischen Beispiel, einen Krieg mit Steuern und nicht mit Anleihen zu finanzieren, zu folgen. Erst auf ein Ultimatum der Sozialistischen Partei hin sei es im Jahre 1917 eine Einkommensteuer eingeführt worden. Später habe man sich damit begnügt, daß Deutschland zahlen werde. Der Traum der deutschen Milliarden habe sich auch bald in Nichts aufgelöst und das französische Defizit sei bis 1924 auf über 300 Milliarden Francs gestiegen, nachdem die Widerstände gegen die erforderliche Besteuerung weiter angebauert hätten. Schuld an dem Zusammenbruch sei also vor allem die Steuerdefektion des Kapitals gewesen.

## Der belgisch-französische Zollkampf.

Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 21. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die Antarkreuzung der belgisch-französischen Handelsvertragsverhandlungen hat ihren Grund in tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Delegationen. Belgien hat bekanntlich eine Revision des gegenwärtigen Verhältnisses zwischen Paris und Brüssel gefordert, nachdem der Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages den bisherigen belgischen Bezugssollen praktisch ein Ende gemacht hätte. Die französische Regierung weigert sich nunmehr, Belgien weitere Begünstigungen einzuräumen, da diese infolge der Reichbegünstigungsklausel ohnedies wieder Deutschland zugute kämen. Belgien will sich jedoch mit einigen wenigen speziellen Konzessionen nicht zufrieden geben, umso mehr als Frankreich dagegen Zollermäßigungen für seine Luxusausfuhr fordert.

## Unerwartete Milde in der Türkei.

Konstantinopel, 25. Januar. (Eig. Funkbericht.) Der seit Wochen im Gange befindliche Stambul-Kommunizierungsprozeß endete am Dienstag mit der Verurteilung von 20 Angeklagten zu einem Monat bis vier Monaten Gefängnis. Ein aus Moskau entlassener Propagandist wurde mit 1 1/2 Jahren Gefängnis bestraft. Im Justizverlaufe wurden die unerwartet milden Urteile mit Befriedigung aufgenommen.

## Der Kanalbau an der Reichsregierung.

Aus einer Denkschrift des Reichsverkehrsministeriums über die außerhalb des Haushaltsplanes erforderlichen Mittel für die in Aussicht genommene Kanalbauten ergibt sich, daß die Kosten dieser Baupläne rund 287 Millionen Mark betragen werden. Davon entfallen auf den Mittelrand-Kanal 238 Millionen, die Rhein-Main-Donau-Straße 57,1 Millionen und die Redar-Regulierung 41,91 Millionen. Als Bauzeit sind die Jahre von 1928 bis 1937 vorgegeben. Es darf also jährlich im Durchschnitt ein Betrag von 37,7 Millionen Mark auszubringen wäre. Es ist vorgegeben, die Mittel außerhalb des Haushaltsplanes durch ein Anleihegesetz anzufordern.

Das neue Bauprogramm sieht im einzelnen für die Zeit bis zum Jahre 1937 folgende Kanalbauten vor: den Bau der Hauptlinie des Mittelrand-Kanals von Weine bis Burg und den beschriebenen Ausbau des Südkanals, 2. die Fertigstellung der Arbeiten am Jhle-Kanal, am Plauer-Kanal und am Ober-Elbe-Kanal, 3. die Vollendung der Staustufe in der Donau am Rachelet-Kanal bei Passau, die Niedrigwasser-Regulierung von Regensburg bis Passau sowie die Kanalisierung des Mains von Aschaffenburg bis Würzburg, und 4. die Kanalisierung des Neckars von Mannheim bis Heilbronn.

## Noch keine Begnadigung der Fememörder

Berlin, 24. Januar. (Eigener Bericht.) Amlich wird mitgeteilt: Eine Entscheidung des Preussischen Staatsministeriums darüber, ob hinsichtlich der in dem sogenannten Fememordprozeß Wilms ergangenen Todesurteile von dem Begnadigungsrecht Gebrauch gemacht werden soll, ist noch nicht erfolgt, vielmehr ist das zur Vorbereitung dieser Entscheidung erforderliche Gnadenverfahren noch nicht abgeschlossen. Aus der Tatsache, daß die Verurteilten (Oberleutnant Schulz und Genossen) nach Rechtskraft des Urteils aus dem Untersuchungsgefängnis in das Strafgefängnis Plüchensee übergeführt worden sind, kann ein Schluß auf den Ausgang des Gnadenverfahrens nicht gezogen werden.

## Woldemaras in Berlin.

Der Zweck der bevorstehenden Besprechungen.

Am 25. Januar wird der litauische Ministerpräsident und Außenminister Woldemaras in Berlin erwartet. Während seines mehrtägigen Aufenthalts in der Reichshauptstadt dürfte Woldemaras mehrere Besprechungen mit dem Reichsaußenminister haben. In ihrem Mittelpunkt wird die Frage nach allem einer Abänderung des deutsch-litauischen Handelsvertrages stehen. Der jetzt in Kraft befindliche Vertrag zwischen Deutschland und Litauen stammt noch aus der Inflationszeit und bedarf einer Umgestaltung, die einem neuen Vertrag gleichkommt. Außerdem ist schon seit längerer Zeit zwischen Berlin und Rom über eine Reihe von Abkommen verhandelt worden, die mit dem Übergang des Mittelmeergebietes an Litauen zusammenhängen und Fragen wie den Grenzverkehr, die Wasserwirtschaft und Fischerei, die Pensionen und Renten früherer Reichsdeutscher, betreffen. In allen diesen Fragen dürften die Besprechungen weniger Tage keinen ergebnislosen Abschluß bringen. Es werden deshalb Verhandlungen in Kommissionen über diejenigen Abkommen folgen, in denen grundsätzlich eine Verständigung erzielt ist.

In diesem Zusammenhang meldete ein Warschauer Blatt, der „Kurjer Poranny“, bereits vor einigen Tagen, daß der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und Litauen im Gange sei. Diese Meldung ist in dieser Form falsch. Richtig ist nur, daß schon seit längerer Zeit der Abschluß eines Handelsvertrages und der gleichzeitigen Abkommen zwischen beiden Staaten erörtert wird. Solche Abkommen besitzt Deutschland mit einer großen Anzahl von Staaten, beispielsweise Dänemark, Schweden, Italien, Finnland, und im Baltikum auch mit Polen selbst. Es ist wohl möglich, daß bei dem Besuch von Woldemaras in Berlin auch diese Frage weiter gefördert wird, ebenso wie die zur Zeit in Rom erörterte Frage der Memelprovinz.

## Borah gegen das Wettrüsten.

London, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der amerikanische Senator Borah, der Vorsitzende der Senatskommission für Auswärtiges, hat sich am Montag in einem überaus scharfen Auftrage gegen die aufsehenerregende Rede des amerikanischen Admirals Plunkett gemeldet. Dieser Admiral hat vor zwei Tagen eine „der größten existierenden Flotte gleich große Flotte für Amerika“ gefordert. Borah ruft die Steuerzahler der Vereinigten Staaten auf, dieser irrsinnigen Politik, die auf den Bau der größten Flotte auf Erden abzielt, energischen Widerstand entgegenzusetzen. Vor wenigen Tagen hätte, so stellt er fest, ein englischer Admiral eine ähnliche Forderung aufgestellt. Wenn irgend etwas zum Krieg zwischen den großen Nationen führen könne, so seien es solche Rüstungen zur See und ihre Begründung mit Admiralsreden des Inhalts, daß der Krieg unvermeidlich sei. Dies liege die gleiche Politik, wie zurzeit der wahnwitzigen Wettrüstungen zwischen Großbritannien und Deutschland in den Jahren 1900 bis 1914. Diese Rüstungen hätten damals wesentlich mit zu dem Ausbruch des Weltkrieges beigetragen.

Alles das, so schließt Borah, sei ein Teil eines wohlvorbedachten Plans, die Öffentlichkeit auf ein Wettrüsten zur See vorzubereiten. Eine beschränkte Anzahl von Kreuzern zum Schutze des Handels sei gerechtfertigt. Das gegenwärtige Schiffsbauprogramm der Vereinigten Staaten jedoch und die sie begleitenden aufgereagten Reden über Krieg und Kriegsgeschäft seien ein trügerischer Wahnwitz.

## 35 Parteien in Polen.

Warschau, 24. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Anlässlich der bevorstehenden Sejmwahlen sind dem Hauptwahlzettel bisher 35 Landeslisten übermittelt worden. Etwa die Hälfte dieser Listen sind auf die polnischen Parteien, die übrigen Listen von den nationalen Minderheiten eingerichtet worden. Die Ukrainer treten allein in sieben Parteien auf. Außerdem bestehen 6 kommunistische Listen. Auf der Landesliste des Regierungswahlblocks kandidiert an einer der ersten Stellen ein Bewerber der Marschalls Pilsudski.

## Arbeiterregierung in Norwegen.

Oslo, 24. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die norwegische Arbeiterpartei hat am Dienstag beschlossen, den ihr vom König angebotenen Auftrag zur Bildung einer Arbeiterregierung anzunehmen. Wahrscheinlich wird der sozialdemokratische Vizepräsident des Storting mit der Regierungsbildung beauftragt.

## Titulescu bei Mussolini.

Rom, 25. Januar. (Eig. Funkbericht.) Der rumänische Außenminister Titulescu wurde am Dienstag mittags in dem italienischen Palast des Hauptling Mussolini empfangen. Angeblich habe er sich mit dem rumänischen Außenminister Titulescu getroffen. Es ist nicht bekannt, ob es sich um eine offizielle Unterredung handelt.

# 20-50%

Rabatt auf alle Waren

während unseres

## Inventory-Verkaufs

vom 26. Januar bis 8. Februar

Alle Vorteile dem Käufer

Gute Waren, neueste Moden-entwurf herabgesetzte Preise-

und dazu noch 8 Monate Kredit!

Beamte Angestellte, alte Kunden und Jedermann in sicherer Wirtschaftslage kaufen bei uns ohne Anzahlung! 1. Ratenzahlung: April 1928

### Kaufe gleich - zahle später!

| Damen-Moden   | Herren-Moden  | Kinderbekleidg.  | Wäsche  |
|---|---|--|---|
| Fesch. reinw. Kleid in den neuesten Farb. Jetzt 8 <sup>50</sup>                   | Sakko - Anzug in Herren, modern. Stoff, aus tragbar. Stoff. Jetzt 28 <sup>50</sup>                          | Wollene Kleider für 2-6 Jahre Jetzt 2 <sup>50</sup> 3 <sup>50</sup> 4 <sup>50</sup>                            | Trägerhemd milde Qualität, mit reinem Stückerl-Ansatz. Jetzt 1 <sup>50</sup>                            |
| Apert., seid. Kleid in allen Größen vorrätig. Jetzt 12 <sup>50</sup>              | Sakko - Anzug Herren, 3-reihig, gemittelt, vorz. Stoff, gute Verarb., edell. Stoff. Jetzt 42 <sup>50</sup>  | Mädchen-Mäntel Winter- und Übergangsst. für 6-14 Jahre Jetzt 9 <sup>75</sup> 12 <sup>75</sup> 15 <sup>75</sup> | Dam. - Nachthemd Krageform, Körper-Ansatz, solide Qual. Jetzt 2 <sup>50</sup>                           |
| Reinwoll. Mantel erst. Stoffe, mit abgewebtem Plaid-Inter. Jetzt 18 <sup>50</sup> | Herren-Ulster mit Rücken- od. Rundform, aus gut. wolle. Stoff. Jetzt 27 <sup>00</sup>                       | Knaben-Anzüge für 2-6 Jahre Jetzt 5 <sup>50</sup> 6 <sup>50</sup> 7 <sup>50</sup>                              | Hemd hose in schön. Stoffen, Einsatz u. Kloppelein- u. Ansatz Jetzt 3 <sup>50</sup>                     |
| Damen - Pullover mit Krage. Jetzt 7 <sup>80</sup>                                 | Herren-Ulster in Rücken- od. Rundform, aus schwerem Stoff, schöne Karos mit Absteife Jetzt 30 <sup>00</sup> | Knaben - Mäntel Winter- u. Übergangsst. für 2-6 Jahre Jetzt 4 <sup>75</sup> 5 <sup>75</sup> 6 <sup>75</sup>    | Herr. Einsatzhemd in schön. Stoffen, gut. Qualität, mit reinem Stückerl - Ansatz. Jetzt 2 <sup>50</sup> |

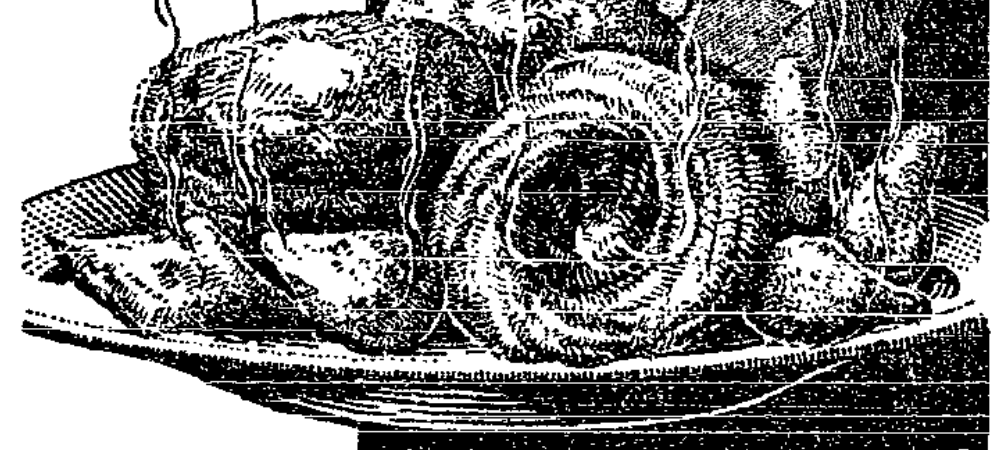
Deutsche Kaufhaus  
Das bevorzugte Kaufhaus der Beamtenwelt  
Breslau nur Jungfernst. 38-40 am Ostbahnhofplatz

**1/6 Anzahlung**  
**8 Monatsraten**  
**Beleihungsgel.**

## FASTNACHTS-GEBACK

Berliner Pfannkuchen  
Krapfen  
Muzen

Je feiner das Landfett um so feiner der Gebackene. Hofmann bis zum Feinsten. Speck-Saftwaffelgebäck mit viel maharivium Pflanzenfett.



Alleinige Hersteller: R. Schlimm & Co. A.-G. Hamburg

## Wir bauen um!

Allzueng wurde unser Haus für die gewaltig gestiegene Kundenschar

Nicht lange mehr und wir werden Sie in größeren und schöneren Räumen begrüßen können!

Das Haus der guten Stapel-Quantitäten

Messow & Co. b.H. Waldschmidt

Das Haus der billigen Preise

**Stadttheater**  
Sitzung 21. bis 23. Uhr  
11. Schauspiel  
Sitz 6. 100

**Schauspielhaus**  
Operntheater  
Tel. 1000  
Sitzung 19. Uhr

**Bobbe-Theater**  
Tel. Ring 674  
Sitzung 19. Uhr

**Cyrcus Busch**  
Schauspielhaus  
Sitzung 19. Uhr

**Wittig-Verlag**  
Sitzung 19. Uhr

**Lieblich**  
Sitzung 19. Uhr

**Masken**  
Sitzung 19. Uhr

**Masken**  
Sitzung 19. Uhr

**Masken**  
Sitzung 19. Uhr

**Masken**  
Sitzung 19. Uhr

**Gesamtausgabe in Einzelbänden**

## Jack-London!

Martin Eden 2 Bände Neu erschienen  
Der Sohn des Wolfs Neu erschienen  
Die Insel Berande Neu erschienen  
Eiserne Ferse Neu erschienen

In den Wäldern des Nordens, aus der Goldgräberzeit  
Krieg Alkohol, autobiographischer Roman  
Der Seewolf, Roman  
Abenteuer des Schienenstranges, Tramfahrt durch Nordamerika  
Säbelschwärzer, Erzählungen  
Jenny der Indianer  
Sohn der Sonne

Leder Band in Ganzleinen **DMK Mk. 4.00**

**Volkswacht-Buchhandlungen**  
Neue Gaspestraße 5 und Neue Taschenstraße 11

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 25. Januar 1928.

Wohnungsfürsorge für Tuberkulöse.

Breslaus Lungenranke auf der Wohnungssuche.

Breslau ist, wie bekannt, leider die Stadt der meisten Tuberkulösen. Die Ursache dieser traurigen Tatsache ist auch allgemein bekannt, es sind die schrecklichen Wohnungsverhältnisse, die sie bei uns herrschen. Daß die Wohnung bei der Verbreitung der Tuberkulose eine große Rolle spielt, ist so feststehend, daß man das Wort geprägt hat: Die Tuberkulose-Krankheit ist, wenigstens vorzeitig, eine Wohnungskrankheit. Gilt dieser letzte Satz allgemein, wie gilt er erst von Breslau? Man steige hinab in die unglücklichen Kellerwohnungen und sehe nach, ob dort die Wohnungen, in denen Tuberkulöse sind, jene Bedingungen erfüllen, die gerade bei diesen Wohnungen gestellt werden (Südliche, Licht, Luft usw.), man denke daran, in was für engen, feuchten und dunklen Räumen, in Hinterhäusern, Lungenranke wohnen, ferner, daß solche solcher Kranken, sei es als Familienmitglieder, sei es als Pächter, keinen eigenen Schlafraum, vielleicht sogar kein eigenes Bett haben. Welche Ansteckungsgefahr für ihre Umgebung bilden sie!

Wie sorgt nun die Stadt Breslau dafür, daß ihre tuberkulösen Bürger wenigstens einigermaßen gesunde Wohnungen erhalten? Besser und praktischer ist die Fragestellung in der Form: Wie verhalten sich Lungenranke selbst zu besseren Wohnungen, wenn ihre bisherigen Wohnverhältnisse nicht genügen?

Täglich laufen beim Wohnungskommissar, Grünstraße, Ecke Brändelplatz, gerade von Lungenkranken Gesuche ein um Zuweisung gesunder Wohnungen. Oder es sind Mißbewohner eines Hauses oder gar einer Wohnung, die aus Angst vor Ansteckung dem Wohnungskommissar auf diese oder jene Person aufmerksam machen und um ihre anderweitige Unterbringung ersuchen. Dieser Weg ist jedoch ein Umweg. Der Wohnungskommissar schickt das Gesuch an die zuständige Lungenfürsorgestelle. In Breslau liegt die Fürsorge für Lungenranke in den rührigen Händen des Breslauer Vereins zur Bekämpfung der Tuberkulose. In seinen vier Fürsorgestellen erhalten alle, die sie aufsuchen, unentgeltliche ärztliche Untersuchung, Kinder werden von hier aus bei ganz nötigen Pflegekostenzuschuß in Erholungsheime geschickt, für Erwachsene werden Kurbehelfen gewährt, unbemittelte Lungenranke erhalten Milch und Lebensmittel. Jeder Breslauer Lungenranke sollte ständig mit seiner Fürsorgestelle in Fühlung bleiben. Hier werden, wie gesagt, die vom Wohnungskommissar eingehenden Gesuche von Lungenkranken um Uebertragung ihrer Wohnung geprüft und gegebenenfalls befürwortend zurückgeleitet. Darum sollte man sich in solchen Fällen lieber gleich an die Fürsorgestelle wenden. Freilich ist der Fürsorgestelle vom Wohnungskommissar bei der herrschenden Wohnungsnot nichts anderes zugestimmt worden, als daß er die von dieser Seite eingehenden Gesuche nach Möglichkeit zu berücksichtigen gedenkt.

Wenn in Breslau der Einfluß der Fürsorgestellen auf die Wohnungszuteilung also nur darin besteht, daß sie zu den Wohnungsanträgen schriftlich Stellung nehmen, so ist ihr Einfluß in anderen Städten größer und wirksamer. In vielen Städten ist die Fürsorgestelle persönlich durch Arzt oder Schwester im Wohnungsausschuß vertreten. Wir meinen, daß solche wirksame, persönliche Anteilnahme der Fürsorgestelle an den Beratungen des Wohnungsausschusses erst recht in Breslau eingeführt werden sollte, weil gerade hier Wohnungs- und Tuberkulosenot so besonders heftig ist.

In einem überaus wichtigen Punkte der Wohnungsverhältnisse Tuberkulöser will jetzt endlich Breslau bzw. der oben genannte Verein dem Beispiel anderer Großstädte folgen. Es handelt sich da zunächst um die Unterbringung alleinlebender kranken Kranke, für die sich oft keine Vermieter finden und die natürlich auch nicht in Familien mit Kindern kommen dürfen. In solche alleinlebende Kranke hat zum Beispiel Stettin schon im Jahre 1919 kleine Häuser errichtet, in denen acht bis zehn tuberkulöse Tuberkulöse wohnen und sich selbst versorgen. Verschiedene Städte haben, damit die an die Wohnungen für Tuberkulöse bestimmten Voraussetzungen erfüllt werden (Sonnenseite, Licht, Luft usw.), die insbesondere in Groß- und Industriestädten nicht immer überall erfüllt werden können, größere Siedlungen in der Nähe der Stadt errichtet. Mit dem Bau solcher Siedlungen verbunden, mag auch diese Maßnahme nicht als die ideale angesehen werden und in dem Zusammenwohnen manche Nachteile liegen, diese Vorteile verbunden. Man denke an die bessere Beaufsichtigung der Kranken, an die Auswahl besonders guter Lage, an die Anpassung des Wohnungsbaues an die Forderungen des Krankheitszustandes der Bewohner. Auch der Breslauer Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose hat nunmehr den Bau einer solchen Siedlung in Angriff genommen. Schon im „Breslauer Gemeindeblatt“ vom 30. Oktober vorigen Jahres war zu lesen: „Es soll der Neubau von Einfamilien-Reihenhäusern in Herrnhuterstadt verdingen werden.“ Gemeint ist damit die geplante Siedlung für Breslauer Tuberkulöse.

Es ist gewiß, daß unter der heutigen Wohnungsnot in Breslau gerade die Lungenkranken besonders leiden. Wenn nötig die Breslauer Wohnungsfürsorge immer mehr ausgebaut werden muß, man denke an die Eingemeindungen, an die Bevölkerungszunahme, an das Umsichgreifen dieser Krankheit, so liegt dieser Ausbau auch nach der Seite hin gesehen, daß sie einen größeren Einfluß auf die Zuweisung entsprechender Wohnungen für ihre Pfleglinge erhält, daß sie Rat und Stimme im Wohnungskommissariat bekommt.

Das preussische Besoldungs-Gesetz und die Kommunalbeamten.

Das Preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat den Entwurf einer Anweisung zur Ausführung des § 43 des Gesetzes über die Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten vom 1. Dezember 1927 überhandelt. Wie der „Allgemeine Preussische Anzeiger“ mitteilt, soll hiernach u. a. folgendes bestimmt werden:

Durch die Neuordnung der Dienstbezüge der unmittelbaren Staatsbeamten ist das auf das alte Beamtendienstreitkommengesetz vom 7. Mai 1920 abgestellte Gesetz, betreffend vorläufige Regelung verschiedener Punkte des Gemeindebeamtenrechts, vom Juli 1920 gegenstandslos geworden. An seine Stelle tritt der § 43 des neuen preussischen Besoldungsgesetzes vom 1. Dezember 1927. § 43 hält in Abs. 1 und 2 die schon im § 43 des alten Gesetzes enthaltene Verpflichtung der Gemeinden und Gemeindeverbände aufrecht, unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse die Dienstbezüge der unmittelbar angestellten Beamten und der diesen gleichwertigen Beamten und die Vergütung ihrer Hinterbliebenen so zu regeln, daß diese Bezüge den für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundätzen entsprechen. Diese Verpflichtung gilt auch für die Wartegeld- und Ruhegeldempfänger und die Hinterbliebenen mit der Wirkung, daß diese Bezüge entsprechend den Vorschriften im Abschnitt III des neuen preussischen Besoldungsgesetzes erhöht werden.

Die Verpflichtung zu einer der Besoldungsordnung des Gesetzes entsprechenden Regelung bedeutet eine Grenze nach unten, die nicht eine schematische Anwendung der Dienstbezüge der Staatsbeamten maßgebenden Grundätze, sondern eine Angleichung der Bezüge der Kommunalbeamten

in ihrer Gesamthöhe an die der unmittelbar vergleichbaren Staatsbeamten.

Die Besoldung der Kommunalbeamten darf also in ihrer Gesamthöhe weder hinter der der unmittelbar vergleichbaren Staatsbeamten zurückbleiben, noch deren Bezüge überschreiten. Gehaltsfestsetzungen, die diese gesetzliche Vorschrift, sei es durch Eingruppierung in eine Besoldungs- oder Vergütungsgruppe oder durch Festsetzung des Besoldungs- oder Anwärterdienstalters oder dergleichen, verletzen, also offenbar unzulässig darstellen, die mit den allgemeinen Staatsnotwendigkeiten, insbesondere im Hinblick auf die Besoldung der unmittelbaren Staatsbeamten, nicht in Einklang stehen, in den von dem Bundespräsidenten in dem in Abs. 4 des § 43 vorgezeichneten Verfahren entgegenzusetzen. Neben diesem Sonderverfahren ist das Recht bestehen geblieben, Beschlüsse, die diese Gesetzesvorschrift verletzen, zu beanstanden. Eine Beanstandung mit aufschiebender Wirkung kann unter Umständen gegenüber Beschlüssen in Frage kommen, die zu hohe Besoldungen festsetzen.

Welche Gemeindebeamten mit Staatsbeamten unmittelbar vergleichbar sind, wird von der Aufsichtsbehörde im Einzelfall zu prüfen sein. Nicht als unmittelbar vergleichbar sind jedenfalls die leitenden Kommunalbeamten (Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordneter, Magistratsmitglieder) anzusehen. Für diese bleiben die Vorschriften der Städteordnungen in Kraft, wonach die Festsetzung der Besoldung dieser Beamten in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschusses unterliegt.

Eine allgemeine Verpflichtung der Gemeinden, sämtliche neuen Besoldungsvorschriften der Aufsichtsbehörde vorzulegen, schreibt das Gesetz nicht vor. Andererseits sind die Aufsichtsbehörden auf Grund ihres Informationsrechts befugt, die Vorfestsetzung der neuen Besoldungsvorschriften zu verlangen. Von dieser Befugnis wird aber im allgemeinen nur Gebrauch zu machen sein, wenn ein besonderer Anlaß hierzu vorliegt.

Montag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im Zentralbauhaus, Westendstraße 50/52:

Öffentlicher Film-Vortrag.

Es läuft der Film: „Kreuzung des Weibes“ Rednerin: Frau Adele Schreiber-Krieger. Eintritt 20 Pf., Parteimitglieder 10 Pf.

Ein Hilferuf der Kleingärtner an die Öffentlichkeit.

In letzter Zeit haben sich die Einbrüche in die Schrebergärten lauter und zahlreicher gehäuft, daß man versucht sein kann, von einer wahren Epidemie zu sprechen. Das Schlimmste dabei ist, daß die Täter, nachdem sie die des Mitnehmens geeigneten Gegenstände zusammengepackt haben, in den Läden wie die Banditen haufen, Feuerschleichen zerstreuen, Tapeten zerschneiden, Geschirr und Möbelstücke demoliieren, die Laube verunreinigen. Wenn man bedenkt, daß beinahe zwei Drittel aller Kleingartenpächter dem Arbeiterstande angehören, die dem höchsten Erdenglied ihres Kleingartens häufig ihren letzten Pflanzensatz opfern, so wird man ermaßen können, welch schwerer Verlust mancher Familie durch die Verwüstung und vielmehr noch durch den Sanktionsverlust der Einkünfte zugefügt wird. Es kann wohl eingewendet werden, daß man eben nichts Wertvolles in den Läden belassen sollte, doch wäre darauf zu entgegnen, daß es unmöglich ist, alle Gebrauchsgegenstände bei dem oft sehr weiten Anmarschwege zu den Gartenländen täglich hinaus- und hereinzuschaffen. Die Polizei ist numerisch zu schwach, um einen wirksamen Schutz gegen die Einbrecher ausüben zu können, kann auch verständlicherweise nicht überall zugleich sein. Es bleibt daher nur der Weg an die Öffentlichkeit übrig, um diese zur Mithilfe aufzurufen. Diese kann in folgendem bestehen:

Es wird gewiß häufig vorkommen, daß Bahn- und Postbedienstete, die zur Nachtzeit ihre Dienststellen verlassen müssen, über Schiffer, die zu ihren Fahrzeugen zurückkehren, des Nachts an Schrebergartengeländen vorüberkommen. An alle diese Kategorien unserer Arbeitskollegen ergeht daher die herzliche Bitte, ein Augenmerk auf verdächtige Vorkommnisse in den Schrebergartenkolonien zu richten und im Wahrnehmungsfalle die nächste Polizeistreife oder Revierwache oder auch einen Schupososten zu benachrichtigen. Da sich die Einbrecher häufig viel Zeit nehmen, sich Kaffee kochen und anderes mehr, so wird in vielen Fällen auch bei späterem Eintreffen der Polizei noch ein Fang gelingen, und sind erst einige Täter abgefahret und empfindlich bestraft worden, so wird auch diese Epidemie abflauen, so daß vielen armen Mitmenschen mancher Kummer und Verlust erspart bleiben könnte.

Darum noch einmal: Helft durch eure Aufmerksamkeit den mühsam schaffenden Kleingärtnern im Kampf gegen die Räuber ihrer geringen Habseligkeiten!

Achtung! Warum so billig? Im „Berliner Tageblatt“ vom 15. Januar befindet sich im Inseratenteil folgendes Angebot:

In Doorn — Holland in herrl. Lage, Nähe des Waldes, Heide und Wiesen, wird schöne Villa mit Komfort für nur 50 000 zum Kauf angeboten. Solider Friedensbau und Garage, Schiffsanwendung, ca. 3000 Quadratmeter Garten. Nahe beim Schloß des vorm. Deutschen Kaisers gelegen. Off. unter A. R. S. 14 bei H. R. Rudolf Hoff, Amsterdam.

Selten günstige Gelegenheit!

Für nur 50 000 Mark! Sollte die Nähe des Schlosses Wilhelms des Verflorenen schon jetzt so preiswürdig auf die gesamte Umgebung wirken? Oder sollte das ruhstörernde Holzhaufen des Egonarchen den Inhaber der Villa veranlaßt haben, die Flucht zu ergreifen? Deutschnationale Frauen und Männer, hier ist Gelegenheit, für billiges Geld, sich in der Nähe Wilhelms, des Deserteurs, aufzuhalten, dieselbe Luft zu atmen, nieselicht, nieselicht sogar einmal mit ihm feodal zu dinnieren und dabei einen seiner vielen neuen Orden zu erhalten! Hier ist ein selten günstiges Angebot. Greifen Sie zu!

Verkäuferturse

wird der Verein des Breslauer Einzelhandels im Februar d. Js. veranstalten, um das Personal nach amerikanischer Art für den „Dienst am Kunden“ zu schulen. Die Verkäuferturse werden hauptsächlich auf Verkaufsgesprächen beruhen, die zwischen dem Verkäufer und dem Kunden, der hier von einer Schreibe verfertigt wird, geführt werden. Diese Verkaufsgespräche werden nicht rein theoretisch sein, sondern Fälle aus der Praxis zur

Grundlage haben, wie sie sich täglich in den Breslauer Geschäften ereignen. Auf diese Art und Weise wird der Verkäufer die richtige Behandlung des Kunden am besten lernen, zumal er auf Fehler sofort hingewiesen wird. In späteren Kurien soll auch die Warenkunde gelehrt werden und in einer Reihe von Vorträgen wird den Verkäufern die Entstehung der Ware vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat erläutert werden. Die Verkäuferturse sind zunächst für alle Berufszweige gleich, da sie die Grundlagen für die Verkaufstunde geben sollen, die in allen Branchen angewandt werden können. Ein besonderer Wert wird darauf gelegt, daß zwischen den Lehrpersonen und den Verkäufern ein gewisses Vertrauensverhältnis besteht. In den Kurien sollen alle Verkäufer teilnehmen, die nicht mehr berufspflichtig sind. Die Kurse selbst werden allwöchentlich einmal und zwar nach Geschäftsschluß — um 8 Uhr abends — stattfinden; allwöchentlich ist eine Stunde geplant, jedoch der Kursus zehn Wochen dauern wird. Die Verkäuferturse liegen nicht allein im Interesse des Geschäfts, das auf ein gut ausgebildetes Verkaufspersonal besonderen Wert legen muß, sondern auch im Interesse des Verkäufers, der in den Kurien Anregungen empfängt, die er stets verwerten kann.

Die Leitung der Verkäuferturse liegt in den Händen eines Schulvorstandes, der aus den Herren Max Loeber i. J. A. Friedrich, Egon Schaffer in Pa. Seidenband-Schäffer A. G. und Günzburger in Firma Gessa besteht. Die pädagogische Leitung der Kurse liegt in den Händen des Handelschuloberlehrers Dr. Werner, während deren organisatorische Leitung der Geschäftsführer des Vereins des Breslauer Einzelhandels Dr. Hirschfeld inne hat. Zu den Vorträgen in den Kurien werden nach Bedarf folgende Lehrkräfte herangezogen werden: Diplom-Handelschullehrerin Wundt, Lehrleiter A. B. C., Kaufmann Karl Korte, Buchhändler Bender sowie die Herren Günzburger, Dr. Werner, und Dr. Hirschfeld. Die Anmeldungen von Verkäufern nimmt die Geschäftsstelle des Vereins des Breslauer Einzelhandels sehr entgegen. Der genaue Beginn der Kurse wird noch bekanntgegeben werden.

Jugenderziehung im Winter.

Im „Jungtahlheim“ (Beilage zum „Stahlheim“) vom 8. Januar findet sich ein Aufsatz „Unser Winterprogramm“. Darin steht:

„... Das Kartenspielen darf nicht vergessen, das Schießen nicht vernachlässigt werden. Wunderbar und mit geringen Mitteln lassen sich überall kleine Stände aufbauen, wo mit der Luftbüchse geschossen werden kann.“ „... Der Geist ist es, der letzten Endes unsere Schicksale schlägt und uns den Sieg erringen läßt.“ „... Es findet sich immer etwas zu tun, wenn man nur die Augen offen hat. Viele Sachen kann man sich auch selber herstellen, wie Einrichtungsgegenstände für das Heim, Wurfscheiben, Bälle usw.“

„Mit Bleisoldaten — eine Gießform und Blei sind leicht zu beschaffen — ist es möglich, auch im Zimmer sämtliche Ordnungsbewegungen, soweit sie für uns in Frage kommen, einzuüben. Steht es so zu handhaben, daß ein Jungmann kommandiert, während ein anderer mit den Figuren den Befehl ausführt. Natürlich ist dabei streng auf die Kommandotechnik zu achten; der betreffende Jungmann muß genau so kommandieren, als wenn er vor einer Anzahl seiner Kameraden stünde, um ihnen seine Befehle zu geben. Wo keine Bleisoldaten vorhanden sind, genügen schließlich auch Streichhölzer.“

So ist's recht! Während die übrige Jugend im Winter gedankenlos robbet und Schneeballschlachten schlägt, spielen die künftigen Retter Deutschlands Krieg mit Luftbüchsen und Bleisoldaten und Streichhölzern. Kein Wort ist weiter über diese „geitige Erziehung“ zu verlieren.

Ein neuer Magistratsprozeß.

Am 15. Februar wird vor dem Großen erweiterten Schöffengericht der Prozeß gegen den städtischen Sparsassenbeamten Gulich stattfinden, der vor länger als einem Jahre unter der Beschuldigung der Amtsunterstellung eines Dienstes entlassen wurde. Es war damals in der Kasse einer Nebenstelle der städtischen Spartasse ein Fehlbetrag von 9000 Mark festgestellt worden. In der Voruntersuchung hatte Gulich angegeben, daß er ein Opfer einer Betrügerei geworden sei. Er hätte aber das Geld wieder zurückgeben können, wenn er nicht verhaftet worden wäre, denn er besäße das Geheimnis, wie man „Millionen gewinnen könne.“ Mit solchen und anderen Aeußerungen hatte er sich verächtlich gemacht, daß er vielleicht geistig nicht ganz intakt sei. Die ärztliche Beobachtung hat nun aber nach dieser Richtung hin nichts ergeben, denn es ist nunmehr gegen Gulich Anklage erhoben und wie oben angegeben, bereits Termin angesetzt worden.

Winterportfahrt ins Culengebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns: Unsere Kraftwagenfahrten ins Culengebirge haben außerordentlich viel Anklang gefunden. Am Sonntag, den 29. Januar, wird wiederum eine solche Fahrt stattfinden und zwar um 8 Uhr vom Tauentzienplatz (Südwestseite) ab über Schweidnitz; dabei ist kurze Fahrunterbrechung, durch das Schieferal nach Wüstenwäldersdorf und weiter nach Dorfach, Ankunft etwa 11.30 Uhr. Von hier aus Aufstieg zu den Grenzbanden. Die Fahrgäste kommen auf diese Weise in bequemere Fahrt mitten in das Gebirge. Sportgeräte werden auf dem Wagenverdeck befördert. Rückfahrt 18 Uhr mit einstündigem Aufenthalt in Schweidnitz zum Abendschoppen in Witzigs Weinstuben oder im Hotel „Goldene Krone“. Ankunft in Breslau gegen 22 Uhr. Nummerierte Fahrkarten zum Preise von 8 und 9 Mark (für kleine Wagen) sind in unserer Auskunftsstelle in der Verkehrs-halle (Düffels) des Hauptbahnhofs werktäglich von 8 bis 18 Uhr zu haben.

Ein Friedhofsdiebstahl.

Vor dem Großen erweiterten Schöffengericht stand am Dienstag der Friedhofsdiebstahl, der im Sommer vorigen Jahres so viel von sich Reden machte. Bekanntlich wurden einzelne Frauen, während sie sich einen Augenblick von dem Grabe eines Angehörigen entfernt hatten, die Handtaschen und andere Gegenstände gestohlen, die sie einen Augenblick unbeaufsichtigt zurückgelassen hatten. Nachdem in etwa 20 Fällen solche Diebstähle vorgekommen waren, konnte endlich der Täter in der Person des Arbeiters Robert Scholz festgenommen werden. Dem Angeklagten waren bei seinen Diebstählen nicht unerhebliche Werte in die Hände gefallen. In verschiedenen Handtaschen hatte sich nicht nur etwas Geld befunden, sondern auch Wertgegenstände. In einem Falle hatte er auch 200 Mark bares Geld dabei erbeutet. Von einer besonderen Dreifigkeit zeugt aber ein Fall, wo er in einer Handtasche ein Schlüsselbund fand und in der er auch die Adresse der Eigentümerin vorfand. Eines Tages begab er sich zu dieser in die Wohnung und verübte einen Einbruchsdiebstahl. Scholz sagt, er habe aus Not gehandelt, er sei arbeitslos gewesen und habe vier Kinder zu ernähren. Der Staatsanwalt beantragte wegen vorliegenden einfachen Diebstahls und eines schwereren Diebstahls zehn Monate Gefängnis. Das Gericht billigte dem Angeklagten, der sich in einer anderen Strafsache in Untersuchungshaft befindet, ebenfalls mildernde Umstände zu und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.



# Die Revolte der christlichen Arbeiter.

# Soziales.

Das Unglaubliche — nämlich, daß der Arbeitsminister des Bürgerblocks auf dem Empfangsabend, den der ADGB, anlässlich der Berliner Konferenz des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes veranstaltet hat, nicht nur als Gast erschien, sondern auch ein Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung ausbrachte, ist von der kommunistischen Presse — wer konnte von ihr etwas anderes erwarten? — als ein Zeichen für den Klassenverrat der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer gedeutet worden. Dabei ist die Ursache für das Kompliment des Reichsarbeitsministers gegenüber der Bewegung der freigeorganierten Arbeiterschaft mit Händen zu greifen. Im Zentrumslager gährt es. Die christlichen Arbeiter revoltieren gegen den Rechtskurs des Zentrums und gegen den Reichsanführer Marx Rein Munder, wenn der Reichsarbeitsminister für die Arbeiterbewegung — auch für die freigeorganierte — schöne Worte des Lobes und der Anerkennung findet!

Man braucht die Revolte der christlichen Arbeiter nicht gleich tragisch zu nehmen. Sie bedeutet für das Zentrum noch lange nicht das Ende der Dinge. Dafür wird schon Stegerwald, der ja neben Jandusch einer der Hauptstützen im Streit gegen den Reichsanführer ist, rechtzeitig sorgen. Man weiß ja auch, daß die Wahlen vor der Tür stehen. In Wahzeiten fand man im Zentrum schon oft genug kräftige arbeitserfreundliche Töne. Wenn man aber auch noch so vorsichtig und zurückhaltend die Arbeiterrevolte im Zentrumslager beurteilt — eines kann nicht verkannt werden: in der Masse der Zentrumsarbeiterschaft ist die Unzufriedenheit mit dem Rechtskurs der Partei sehr groß und nicht nur auf der Rednerbühne der Führer, sondern überall in Lande und zwar in allen Teilen des Reiches, fangen die christlichen Arbeiter an, aufzukommen. Wer will ihnen ihre Empörung verzeihen? Die Spuren der Bürgerblockpolitik schreien auch den christlichen Arbeiter. Sie haben die Bürgerblockpolitik fast die ganze Bürgerblockpolitik, nicht nur dessen Beamtenpolitik.

Wenn nun angesichts der Empörung der christlichen Arbeiter der „Deutsche“, das Blatt Stegerwalds, herkommt und der sozialdemokratischen Presse nichts anderes zu sagen weiß, als

wieder das alte Gewäsch, daß die Sozialdemokratie zielbewußt diesen Bürgerblock herbeigeführt habe, dann kann das dem Beobachter der politischen Entwicklung — auch bei der christlichen Arbeiterschaft nur ein Lächeln abnötigen. Es trifft sich gut, daß in dem Augenblick, wo der „Deutsche“ wieder einmal darauf hinweist, daß die Sozialdemokratie es war, die aus durchsichtigen Gründen den Reichsanführer Dr. Wirth kürzte, die „Rhein-Mainische Volkszeitung“, das Frankfurter Zentrumsblatt, sofort hervorhebt, daß mit der Arbeiterrevolte im Zentrum eine politische Aufgabe in den Vordergrund trete, eine Aufgabe, auf die Josef Wirth seit Jahr und Tag so eindringlich hingewiesen habe und die — so heißt es wörtlich — leider gerade von den Arbeiterführern des Zentrums in der vergangenen Zeit nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt wurde. Der politische Kampf um die Verwirklichung des sozialen Wohlfahrts, wie die „R.M.V.“, muß aufgenommen werden. Arbeiter und Beamte sollen dabei zu ihrem Rechte kommen. Diese Aufgabe aber verlangt, daß die Beteiligung des Zentrums an der Spitze einer Reichsregierung möglichst schnell ein Ende nimmt. Die Mitbestimmung in den Kreisen der Zentrumsarbeiter, und nicht nur in diesen Kreisen, hat tiefere Ursachen als das Beamtenbesoldungsgebot. Es ist die Mitbestimmung gegen die Kooperation mit politischen Mächten, die politisch und wirtschaftlich schärfste Gegner einer entschieden sozialen und republikanischen Politik sind. Es ist die Sorge vor den inhaltlichen und psychologischen Bindungen, die sich für das Zentrum aus seiner gegenwärtigen Koalitionspolitik ergeben können. Der „Deutsche“ aber erklärt, die christliche Arbeiterschaft wisse, daß die Sozialdemokratie am aller ungeeignetesten sei, ihre Interessen zu vertreten, sie wisse, was sie an den bürgerlichen Parteien habe. Wozu dann die Revolte?

Eben weil die christlichen Arbeiter, durch die Erfahrungen mit der Bürgerblockpolitik gewöhnt, wissen, was sie an den Bürgerblockparteien haben, läuten sie Sturm gegen die Koalition mit diesen Parteien. Sie wollen heraus aus dem Bürgerblock, zu dessen Gefangene sie, wie linksstehende Zentrumsblätter zugeben, nicht ohne die Schuld der Arbeiterführer des Zentrums gemacht worden sind.

## Wichtige Änderung in der Rentenversorgung der Kriegsopter.

Der Reichsbund der Kriegsopter erucht uns um Aufnahme nachstehenden Artikels:

Anlässlich der Beratungen zur Abänderung des Reichs-Versorgungsgegesetzes vom Mai 1920 in der Fassung vom 8. Juli 1926 im Reichstage, wurde dem Reichsbund der Kriegsopter, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen aus, gefordert, daß die abgefundenen 20 %igen Kameraden, wieder in den Kreis der versorgungsberechtigten Rentenbezieher einbezogen werden sollen, da ein sehr großer Teil der Abgefundenen infolge der Schwere ihrer Verletzungen zu Unrecht vom Rentenbezug ausgeschlossen worden sind.

Diesem Antrage hat der Reichstag in vollem Umfange nicht stattgegeben. Er hat jedoch dem Wunsche der Organisation insofern Rechnung getragen, insofern er die Ausfüllungsbestimmung vom 1. September 1920 Reichsgesetzblatt Seite 1833 zu § 25 Absatz 3 (Knochenlage) einer Abänderung zugunsten der Beschädigten unterzogen hat.

Nachstehende Tabelle gibt die alten und neuen Prozentsätze bekannt:

|  | früher  | jetzt   |
|--|---------|---------|
| Der Verlust von 3 oder mehr Fingern einer Hand ausschließlich des Daumens an der Gebrauchshand | 20 %    | 30 %    |
| Bei Verlust des Daumens an der Gebrauchshand   | 20 %    | 25 %    |
| Bei Verlust der ganzen Kopfhaut  | 20 %    | 25 %    |
| Bei Verlust eines Auges  | 20 %    | 25 %    |
| Bei Verlust des Gaumens  | 20 %    | 25 %    |
| Bei Verlust aller Zähne  | 20 %    | 25 %    |
| Bei abstoßend wirkender Entstellung des Gesichts, die den Umgang mit Menschen erschwert        | 20-50 % | 25-50 % |
| Bei Verlust der Niere oder einer Niere   | 20 %    | 30 %    |
| Widernatürlicher Hyster, Urin oder Darmstinken   | 20 %    | 30 %    |

Andere Körperschäden, die den hier aufgezählten gleichmachen sind, sollen eine entsprechende Berücksichtigung erfahren. So zum Beispiel:

Bei Verlust des Unterarms oder der ganzen Hand des Gebrauchsarms früher 40 %, jetzt 50 %.

Auf Grund dieser Umstellungen, besteht naturgemäß für einen erheblichen Teil der abgefundenen Kameraden, für die vorstehende Tatsachen zutreffen, die Möglichkeit, wiederum in den Kreis der rentenberechtigten Kriegsopter aufgenommen zu werden.

Zu diesem Zwecke ist erforderlich, daß entsprechende Anträge bis zum 31. März 1928 gestellt werden, wenn die Antragsteller die Nachzahlung ihrer Gehaltsanteile ab 1. Oktober 1927 erreichen wollen. Bei Anträgen, welche erst nach dem 31. März 1928 gestellt werden, erfolgt die Rentenauszahlung erst von dem Monat der Antragstellung ab; eine Nachzahlung wird also dann nicht mehr geleistet.

Auch ist einem erweiterten Kreise von Kriegserkern die Möglichkeit der Bewilligung von Elternbeihilfe geschaffen worden.

Nach den neueren Bestimmungen kann Elternbeihilfe auch dann gewährt werden, wenn die Voraussetzungen, daß der Verstorbene der Ernährer gewesen ist, oder geworden wäre, nicht voll erfüllt sind.

Die entsprechenden Anträge sind ebenfalls bis zum 31. März 1928 zu stellen.

Die erforderliche Aufklärung in vorgeannten Fragen und allen anderen die Kriegsopter betreffenden Angelegenheiten erteilt der Reichsbund der Kriegsopter, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen, dessen Geschäftsstellen sich in

Breslau 1, Schuhbrück 59/60,  
Oppeln, Zimmerstraße 6,  
Gleiwitz, Leuchterstraße 5,  
Graz, Herberstraße 7,  
Wien, Bismarckstraße 4, und  
Görlitz, Mittelstraße 36.

befinden, sowie alle unsere Ortsgruppenvorstände unserer Organisation in der Provinz Ober- und Niederschlesien.

## Zur internationalen Schifffahrts-Konferenz.

### Die Handelsflotten der wichtigsten Länder

1914 u. 1927

In 1000 Reg.-Tons

|                 | 1914   | 1927   |
|-----------------|--------|--------|
| Großbritannien  | 18 877 | 19 155 |
| Frankreich      | 10 936 | 10 936 |
| Japan           | 1642   | 3 901  |
| Italien         | 1428   | 3 373  |
| Frankreich      | 1918   | 3 348  |
| Deutschland     | 5 098  | 3 311  |
| Norwegen        | 1 923  | 2 750  |
| Niederlande     | 1 471  | 2 643  |
| Brit. Besitzung | 1 401  | 2 281  |
| Schweden        | 992    | 1 245  |
| Spanien         | 883    | 1 115  |
| Griechenland    | 820    | 1 024  |
| Dänemark        | 768    | 1 020  |

Die Handelsflotten der wichtigsten Länder.

Die Handelsflotten haben sich seit 1914 in allen Ländern, mit Ausnahme von Deutschland, denen Handelsflotte von 5 000 000 Registertonnen auf 3 311 000 Registertonnen vermindert ist, erheblich vergrößert. Ungefährlich vermindert hat sich die Handelsflotte Amerikas, und zwar von 1 837 000 Registertonnen auf 1 650 000 Registertonnen. Die Welttonnage hat um mehr als 40 Prozent zugenommen.

Wien will Kohlensteuern. Die Stadt Wien hat mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenindustriell in Verbindung über die Belieferung der Wiener Gaswerke mit Kohle verhandelt. Der Bedarf der Stadt Wien wird mit rund 600 000 Tonnen pro Jahr angegeben. Oesterreich hat bisher schon ungefähr 2 000 bis 250 000 Tonnen Kohlensteuern pro Jahr bezogen.

Forman gegen Schnupfen Wirkung fassant!

## Vom Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie.

Die Ausperrung der mitteldeutschen Metallarbeiter wird rigoros durchgeführt. Alle Metallindustriellen Mitteldeutschlands haben in ihren Werken am Dienstag durch Ausschlag bekanntgegeben, daß die Werke stillgelegt und die Belegschaften ausgesperrt werden. Bei den kleineren Betrieben, wie in Nienberg und Harzgerode, ist die Ausperrung bereits am Montag vollzogen worden.

Am Dienstag wurde im Zusammenhang mit den Ausperrungen in der mitteldeutschen Metallindustrie auch das Eisenhüttenwerk Thale an der Saale stillgelegt. Die Belegschaft besteht aus 4 000 Personen.

Nach wie vor herrscht bei der mitteldeutschen Metallarbeiterschaft musterhafte Disziplin. Weder vor der Desperadopolitik der Kommunisten noch von den brutalen Maßnahmen der Unternehmer lassen sich die mitteldeutschen Metallarbeiter ins Boden jagen.

Die Magdeburger Metallarbeiter nehmen am Dienstag eine Entschliebung an, in der die unbefugte Einmischung der kommunistischen Partei und ihre Presse in die Führung des Streiks auf das entschiedenste zurückgewiesen werden.

## Das Reichsarbeitsministerium und der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik.

Das Wolffbüro meldet:

Berlin, 24. Januar. Das Reichsarbeitsministerium hat, wie crinnerlich, den Schlichterspruch in dem Mitteldeutschen Metallarbeiterstreik nicht für verbindlich erklärt. Wie den Blättern mitgeteilt wird, hat es sich dabei um dem Umstand bestimmen lassen, daß die Klust zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer so groß war, daß eine Einigung ausgeschlossen erschien, und weil inzwischen auch etwa 25 000 Arbeiter in den Streik getreten waren. Das Reichsarbeitsministerium beobachtet den Fortgang der Angelegenheit weiter und hofft, im geeigneten Augenblick zu einer Verständigung beitragen zu können.

## Der Deutsche Metallarbeiterverband

beendet sich seit Jahresfrist in einem außerordentlich erfreulichen Aufschwung. Im dritten Vierteljahr 1927 konnte bereits die Rekordziffer von 45 000 neuen Mitgliedern gebucht werden. 50 000 neue Mitglieder sind im 4. Vierteljahr 1927 hinzugekommen. Insgesamt beträgt der Mitgliedererwerb in im Jahre 1927: 140 412. Das ist der größte normale Zugang, den der Verband seit seinem Bestehen in einem Jahr zu verzeichnen hat. Ende 1927 zählte der Deutsche Metallarbeiterverband 815 814 Mitglieder. — Die Aufnahmen halten weiter an. Die Einführung der geplanten Invalidenunterstützung erweitert sich schon jetzt als ein recht kräftiges Zugmittel. Im übrigen sorgen die Unternehmer, wie jetzt in Mitteldeutschland, durch ihre rigorosen Ausperrungen kräftig für den Anstieg der unorganisierten Metallarbeiter. So ist die Hoffnung begründet, daß der DMV, bis zu seinem Verbandstag in Karlsruhe am August d. Js. einen Mitgliederbestand von 900 000 erreichen wird.

## Abbruch des Scherstreites in Ding.

Ding, 24. Januar. Auf Grund einer heute vormittag zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern im Buchdruckgewerbe getroffenen Vereinbarung, nach der der Konflikt im Buchdruckgewerbe am Donnerstag, den 26. Januar, in Wien geschlichtet werden soll, haben heute vormittag die graphischen Arbeiter namentlich auch bei der „Tagespost“ und dem „Dinger Volksblatt“ die Arbeit wieder aufgenommen.

## Tarifänderung im Ruhrbergbau.

Wagern, 24. Januar (Eigener Drahtbericht). Die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände haben am Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung einstimmig beschlossen, das Heberarbeitszeitabkommen und die Lohnordnung für den Ruhrbergbau zum 30. April zu kündigen.

Die kommunistische Presse, die auf der Konferenz der Ruhrbergarbeiter am letzten Sonntag eine ebenso verdiente wie leistungsfähige und einmütige Abfuhr erfahren hat, erzählt leichtgläubigen Gemütern, daß im Gegensatz zu einer angeblich früher veröffentlichten entgegengelegten Meinung der Bergarbeiterführung zugleich mit der Kündigung des Lohnarbeits auch die Kündigung des Heberarbeitszeitabkommens beschlossen sei. Sie rügt sich dabei auf einige bürgerliche Blätter, die ebenfalls leicht informiert sind wie die kommunistische Presse.

Auf Grund zuverlässiger Informationen muß festgestellt werden, daß es nicht einen Organisationsführer gibt, der sich mit dem Heberarbeitszeitabkommen abgefunden hätte. Es gab nur einige Meinungsverschiedenheiten taktischer Natur. Wie wenig von irgendwelchem Gegenstand zwischen Klasse und Führung getrennt werden kann, ergibt sich am besten daraus, daß eine Entscheidung auf die Kündigung des Heberarbeitszeitabkommens durch die Führung selbst veranlaßt worden ist. Dazu bedurfte es

bestimmt nicht des „Drudes“ der 34 Kommunisten — ein verschwindendes Grüppchen in der Masse der Delegierten, die fest hinter der Verbandsführung steht.

## Die Schlichtungsverhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der westdeutschen Kanalschifffahrt.

die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz des Ministerialrates Dr. Grahe in geführt wurden, führten zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber verharren auf ihrem gegenüber den Forderungen der Kanalschiffer durchaus ablehnenden Standpunkt. Eine Verständigung mit den Kanalschiffern war infolgedessen völlig ausgeschlossen. Ebenso waren die Vorschläge des Vorsitzenden zur Fällung eines Schiedspruches für die Arbeitnehmer unannehmbar, weil sie ein viel zu geringes Angebot in der Lohnfrage brachten und die Arbeitnehmer auf zu lange Zeit hinaus schieben wollten. Unter diesen Umständen war die Fällung eines Schiedspruches unmöglich. Die Verhandlungen wurden deshalb zunächst vertagt.

Der Kampf der Westdeutschen Kanalschiffer geht also weiter. Die Kanalschiffer wollen allem Anschein nach eine Kraftprobe auf Biegen oder Brechen. Daß sich die Dinge im Konflikt nunmehr zuspitzen werden, liegt auf der Hand, denn es gehört keine Prophetengabe dazu, um vorauszuahnen, daß die Kanalschiffer jetzt alles versuchen werden, um mit Hilfe des Wohnungsterrors die Arbeitnehmer müde zu machen. Je mehr die Kanalschiffer aus den Wohnungen an Bord auf die Straße gesetzt werden, desto mehr wird die Polizei in den Konflikt hineingezogen und desto unerfreulichere Vorgänge müssen sich abspielen.

Wußt das alles sein? Bestimmt nicht! Die Westdeutsche Kanalschifffahrt würde nicht zusammenbrechen, wenn sich die Keeser mit den Kanalschiffern geeinigt hätten. Aber wie in der Rheinischschifffahrt, so melden sich auch in der Westdeutschen Kanalschifffahrt immer mehr die Scharfmacher. Die von uns vor kurzem veröffentlichte Eingabe der Rheinischschifffahrtsunternehmer an die Regierungen und Parlamente zeigt ja ganz deutlich, was für ein Geist bei den Keesern lebendig ist. Sie fordern Aufbau der Sozialpolitik auf der ganzen Linie. Der hartnäckige Widerstand der Westdeutschen Kanalschiffer gegen die Lohnforderungen ist für sich betrachtet, völlig unverständlich; er bekommt aber Sinn und Bedeutung in Verbindung mit dem sozialreaktionären Vorstoß der Rheinreederei. Die westdeutschen Binnenwasserbau tun daher gut daran, wenn sie sich so geschlossen wie möglich im freigewerkschaftlichen Deutschen Verkehrsband zur gemeinsamen Abwehr des Schicksals rücken, der gegen ihre Lohn- und sozialpolitischen Errungenschaften von Seiten des Unternehmertums geplant ist.

## Auch in Essen sterben die Kommunisten ab.

Die letzte Generalversammlung der Essener Holzarbeiter hat ebenfalls bewiesen, daß der kommunistische Einfluß in der Essener Gewerkschaftsbewegung immer mehr zurückgedrängt wird. Noch in der Sonnabendausgabe veröffentlichte das kommunistische „Ruhr-Ges.“ triumphierend, daß das Väterbüchlein „Kostengänger“ auch diesmal eine gründliche Niederlage erleiden würde. Es ist jedoch anders gekommen. Denn bei der Verwaltungswahl legte die Amsterdamer Richtung, damit sich, soweit es sich um die größeren Gewerkschaften handelt, die Kommunisten jetzt auch in Essen von jeder Führung ausgeschlossen. Der Erfolg der Holzarbeiter ist um so bemerkenswerter, als die Kommunisten die Verwaltung des Holzarbeiterverbandes in Essen seit acht Jahren in Händen hatten.

## Besorgniserregende Launig des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes.

Am 30. Januar beginnt in Genf die 88. Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. Neben der Entgegennahme des Berichtes des Direktors über die Tätigkeit des Amtes im letzten Vierteljahr muß sich die Tagung vor allem mit der Festlegung der Tagesordnung der 12. Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1928 befassen. Für die Arbeitskonferenz ist zunächst nur die Behandlung der Frage der Eingeborenenarbeit vorgesehen. Der Verwaltungsrat muß sich darüber schlüssig werden, ob auch die Arbeitslosenversicherung und die Frage der Kündigung des Arbeitsvertrages der Angestellten auf die Tagesordnung kommen sollen. Die Angestelltenorganisationen haben in längerer Zeit wiederholt gefordert, daß ihre Arbeitsbedingungen auf einer internationalen Arbeitskonferenz zur Beratung kommen. Für die Angestelltenfragen hat das Amt eine Reihe neuer Unterlagen angebereitet, so insbesondere Angaben über die Arbeitszeit der Angestellten und über das Problem des Lebenslohnes.

## Zu den Sozialisten im Graphischen Gewerbe Oesterreichs.

Ding, 24. Januar. Die hiesigen Unternehmer im Graphischen Gewerbe, mit Ausnahme des Verlages des sozialdemokratischen „Arbeiter“, haben infolge der passiven Haltung der Buchdrucker die Ausperrung des gesamten Personals verweigert.

Graz, 24. Januar. Da das soziale Personal der Grazer Druckereien die passive Haltung verweigert hat, mußte der Umfang der Zeitungen kurz einmündig werden. Nur der sozialdemokratische „Arbeiterwille“ bleibt vom Lohnkampf unberührt, da die Forderungen seines Personals erfüllt wurden.

# Arbeiter-Sport

**Arbeiter-Turn- und Sportbund, 14. Kreis, Kreisrat.** Alle Kreisratsmitglieder nehmen an der von der S.-R. Sekretariat Schließen, für Donnerstag, den 26. Januar, 19.30 Uhr, ins Gewerkschaftshaus einberufenen Funktionär-Versammlung teil.

**1. Kreis-Winterportfest in Schreiberhan.** Alle Teilnehmer, die gut Jugendlichheit (min. 5,00 Mark) fahren wollen, melden sich bis Freitag, den 25. Januar, abends 8 Uhr, bei der Sport-Bezirks-Vereinsleitung, Friedrich-Wilhelmstraße 69. Das Fahrgeld muss bald einbezahlt werden.

**Schwimmverein "Poseidon".** Heute, 20. Uhr, in der Magaretschule, an der Grünstraße, Jugendversammlung. Das Geschworenamt Jugendmitglied ist Pflicht, da Neuwahlen bevorstehen.

**Freie Arbeitervereinsung Breslau, e. V.** Der Vortrag, der für den 27. Januar vorgesehen war, findet erst am Freitag, den 20. Februar, statt. — Freitag, den 27. Januar, im Gewerkschaftshaus, abends 8 Uhr, Abteilungs-Generalsversammlung bei Radide, Gräblicher Straße 113.

**Handball.** Am Montag, den 30. Januar, 20 Uhr, Sitzung des Hauptauschusses bei Sante, Leubensstraße 24. Dazu ist Bundesgenosse Buchs, 2. Abteilung, Schiedsrichter Kadian, 8. Abteilung und ein Vertreter von Warschau und 1921 geladen.

**Freie Turnerschaft Breslau, 6. Abteilung.** Die Übungsstunden des Turnbundes finden jeden Dienstag, abends von 18 bis 20 Uhr, in der Turnhalle, Ofener Straße, statt. Interessenten können sich noch melden.

**Freie Turnerschaft Breslau, 6. Männer-Abteilung.** Freitag, den 27. Januar, nach der Turnen, findet eine Handball-Versammlung der 1. Mannschaft statt.

**Tourenverein: "Die Naturfreunde", e. V.** Freitag, den 27. Januar, Vereinsversammlung (besondere Zusammenkunft wegen dem Februar-Fest). Alles bitten wir zu erscheinen.

**Naturfreunde "Jugend."** Für unser Fest am 4. und 6. Februar muss sich am Mittwoch ein jedes Mitglied genügend Eintrittskarten misnehmen, um damit seine Eltern, Geschwister, Verwandte und alle Bekannten einzuladen. — Heim 1: Dienstag

in der Benderschule. — Heim 2: Frageabend in der Michaelisstraße 36. Leitung: Freund Euno Richter. Das Heim ist wieder bestimmt geblieben. — Donnerstag ist in der Paulinenschule der Landkreis.

**Schmiedeschnitzerei!** Am Mittwoch in den Jugendheimen lehrer Termin. Wir fahren am Sonnabend in folgenden zwei Zügen: 15.47 Uhr, Freiburger Bahnhof; 18.35 Uhr, Hauptbahnhof. Treffpunkt für diejenigen, welche das Fahrgeld nicht vorher bezahlt haben, ein halbe Stunde vorher vor den Eingängen des Hauptbahnhofs. Fahrpreis: Jugend 3,00 Mark, Eltern 1,00 Mark. Übernachtung Mitglieder 40 Pf. Das Geld für das Essen ist unabhängig in den Mittwoch-Heimabend zu zahlen. Schlafdecken, Trinkschüssel und Besteck mitbringen.

## Vermischtes.

### Großfeuer — ein Toter.

Im Untermiesenthal im Erzgebirge brannte Montag abend das Anwesen eines Wirtschaftsbekkers bis auf die Grundmauern nieder. Sämtliche Erntevorräte und das gesamte Inventar verbrannten. Der 71jährige Besitzer des Grundstückes, der in das brennende Gebäude zurückkehrte, um irgendwelche Habfeligkeiten zu retten, fand in den Flammen den Tod.

### Tod eines Jugendlichen.

In Locmaria auf der Insel Groix (Frankreich) hat ein 16jähriger Schiffsjunge die 45jährige Inhaberin eines Kaufmannsladens überfallen, um sie zu erfordern und sich dadurch Geld für ein Jagdschiffsgewehr zu verschaffen. Die Überfallene erhielt etwa 12 Messerschneide in den Rücken.

### Neue Ausbrüche des Kratatau.

Infolge unablässiger lebhafter Tätigkeit des in der Sundastraße gelegenen Insektenkulturs Kratatau hat sich der Bevölkerung Westjawas große Unruhe bemächtigt. Während der Morgenstunden von 8 bis 12 Uhr hat man nicht weniger als 300 Ausbrüche festgestellt. Die Regierung hat Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze der Bevölkerung ergriffen.

## Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreis, für die wir nur die pflichtgemäße Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

### Sparmaßnahmen bei der Reichsbahn.

#### Der Prolet kann stehen.

Die Arbeiter und sonstigen Fahrgäste, die jeden Abend den Zug 16,52 Uhr ab Freiburger Bahnhof benutzen, waren am Montag, den 23. Januar, recht erstaunt, als sie den Zug vorfanden. Die unteren Bahnbeamten danach gefragt, gaben zur Antwort, daß der Herr Oberbahninspektor Befehle habe, den Zug um zwei Wagen zu kürzen. Erst auf vielseitiges Drängen wurden noch zwei Wagen vom toten Gleis herangeholt. Dem Herrn Oberbahninspektor wäre zu empfehlen, daß diesen Zug einmal kurz vor Abgang anzusehen, dann würde er wohl hoffentlich zu der Schlussfolgerung kommen, diesen Zug um zwei Wagen zu verlängern und nicht zu kürzen. Auch Stehplätze sind schon in Breslau fast nicht mehr zu haben; dazu kommen noch in Groß-Warshorn die Arbeiter der Pinfelhofmann-Werke, so daß die Wagen regelmäßig in geradezu beängstigender Weise überfüllt sind. Schließlich hat doch auch der Arbeiter für den allbezahlten Fahrpreis das Recht auf einen Sitzplatz auf verregelmäßig befahrenen Korridorstrassen.

Ein ständiger Fahrgast des Abendzuges.



# Kaus mit der Ware

wann auch mit Verlust. **Inventur-Ausverkauf** vom 26. Januar das Prinzip meines **Inventur-Ausverkaufs** bis 7. Februar!

Durch meine rechtzeitig getätigten Abschlüsse während des billigsten Baumwollstandes bin ich heute in der Lage, mit diesen wohl einzig dastehenden Angeboten meiner Kundschaft etwas ganz besonderes zu bieten.

|   |  |  |
|---|--|--|
| <b>Bettwäsche</b>   | <b>Frottehandtücher</b>  | <b>Oberhemden</b>  |
| <b>Bettbezüge</b> aus soeben wieder-tuch, fertig genäht zum Knöpfen, 1 Deckbett, 2 Kissen 4.75                            | farbig gemustert, bewährte Qual. 95 50 Pf.   | in Perkal, m. Kragen u. Klappmanschette, moderne Muster 3.25   |
| <b>Parade garnitur</b> aus gut. Linsen, 2 Kissen, 2 Deckbett, 2 Kissen, 2 Kissen bestickt od. mit Einsatz 15.00           | <b>Geschirrtücher</b> rot u. blau kariert, ganz bes. preisw. St. 18 Pf.                        | <b>Nachthemden</b> solide Qualität, Gelaba-Form und mit Kragen, u. farbiger Paspelgestaltung 3.50            |
| <b>Linon-Bezüge</b> wickl. gute Qual., 1 Deckbett, 2 Kissen und 1 Kissen mit herrlichem Stickereinsatz oder bestickt 8.50 | <b>Badelaken</b> 100/100, aus gutem Kräuselstoff, in verschiedenen Farben . . . . . Stück 2.25 | <b>Normalbeinkleider</b> schwer woll-gemischt . . . . . 1.40   |
| <b>Woll-Bezüge</b> schwere Qualität, 1 Deckb., 2 Kissen 9.00  | <b>Tafeltücher</b> prima Damast, mit Seidenpliss, 130x210 . . . . . 5.50                       | <b>Baumwollwaren</b>   |
| <b>Damast-Bezüge</b> glanzreiche Qualität, in schwarz, neuen Mustern, 1 Deckbett, 2 Kissen 11.00                          | <b>Weißer Damast-Tischtücher</b> vollgebl., schöne Qualität, 1.6 Personen 2.50                 | <b>Hemdenbarchent</b> Meter 35 Pf.   |
| <b>Bettbezüge</b> best. Qualität, 1 Deckb., 2 Kissen 6.75   | <b>Kaffeedecken</b> waschecht, für 6 Personen 1.95   | <b>Weißer Körperbarchent</b> solide Qualität . . . . . 68 Pf.  |
| <b>1 fertiges Inlett</b> federleicht und abwaschbar, bewährte Qualität . . . . . 7.00                                     | <b>Rolltücher</b> . . . . . Stück 95 Pf.   | <b>Schürzenstoffe</b> 116 cm breit . . . 88 Pf.  |
| <b>Bettdecken</b> 120x210 . . . . . 2.25  | <b>Zierdeckchen</b> mit edlem Künstlerdruck . . . . . 60 Pf.                                   | <b>Prinzebröcke</b> aus vorzüglichem Eider . . . . . 2.10  |
| <b>Wollene Bettdecken</b> dick, moßige Ware, in weiß u. best 2.25   | <b>Leibwäsche für Damen</b>  | <b>Windjacken</b> schöne Passform für Herren und Damen, Imprägniert! Eine ganz besondere Gelegenheit! 7.50   |
| <b>1 Posten Schlafdecken</b> mit Kante . . . . . 85 Pf.   | <b>Damen-Leinenhemden</b> aus halbtönen Stoffen, reich mit Stickerei garniert . . . . . 1.25   | <b>Jumperschürzen</b> gestreift, Water . . . 95 Pf.  |
| <b>Stich- u. Hauswäsche</b>   | <b>Hemdosen</b> moderne Form, mit Stickerei u. Spitzen-garnierung . . . . . 1.50               | <b>Strümpfe</b>  |
| <b>Küchenhandtücher</b> beste, feste Qualität . . . . . 20 Pf.  | <b>Prinzebröcke</b> reich mit Stickerei verarbeit. . . . . 1.85                                | <b>Damenstrümpfe</b> farbig u. schwarz 25 Pf.  |
| <b>Gewaschenes Handtücher</b> mit roter Kante, gute Gebrauch-Qualität . . . . . Meter 28 Pf.                              | <b>Nachthemden</b> Schlafplissform, mit schöner Stickereiverzierung . . . . . 2.50             | <b>Wuschseid. Damenstrümpfe</b> mit Doppelschleife und Hochkreise, in allen modernen Farben . . . . . 95 Pf. |
| <b>Woll-Linonhandtücher</b> in Qualität, in schwarz, best. Stich 75 Pf.   | <b>Unterhülsen</b> derbe Strickerei, mit u. ohne Arm, 1.20 85 Pf.                              | <b>Wollene Damenstrümpfe</b> rein Kaschmir . . . . . 1.65  |
|   | <b>für Herren</b>  | <b>Kavalier-Socken</b> einfarbig und gemustert . . . . . 35 Pf.  |
|   | <b>Männerhemden</b> richtig groß, moßig gestreift 1.45   | <b>Männer-Socken</b> grau, gute Strapsenware 25 Pf.  |
|   | <b>Taghemden</b> mit breiter Brust-linie . . . . . 2.25  | <b>Herr.- u. Dam.-Taschentücher</b> m. kaum merk. Schönheitsfchl. Dtz. 1.80 1.20                             |

Restbestände in Trübsingen, leicht angestaubter Damen- und Kinderwäsche, Badewäsche, sowie Tisch- und Bettwäsche **weit unter Preis!** Restie und Abschnitte rücksichtslos herabgesetzt!

# Wäsche-Manneberg

Inhaber: Lutz Manneberg  
im Hofe **Renschestraße 47-48** im Hofe  
Kaufmanns-Geschäft - aber sehr billige Preise.

Am 22. Januar, morgens 4 1/2 Uhr, verstarb nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, meine gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte

## Frau Elisabeth Mischke geb. Pflerswa

im blühenden Alter von 25 Jahren.

Dies zeigen schmerzerfüllt an  
Breslau, den 25. Januar 1928  
Hochstraße 10

Der tieftrauernde Gatte  
**Herbert Mischke u. Töchterchen Margot Richard Mischke u. Frau** als Schwiegereltern  
**Reinhold Mischke u. Frau** als Onkel und Tante  
**Erwin Mischke** als Schwager.

Die Einäscherung findet Freitag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbscher statt.

Am 22. Januar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, Mitglied des Betriebsrates, der

## Gustav Taube

Durch sein ruhiges, ernstes und zuvorkommendes Verhalten gewann er vollstes Vertrauen bei all seinen Mitarbeitern. Seine niemals müde werdende, vorbildliche Tätigkeit in der Arbeiterbewegung wird uns unvergänglich bleiben. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

**Die Belegschaft des Reichsbahn-W. A. Breslau.**

Beerdigung: Donnerstag, 15 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes in Cosel.

Nach dem 22. Januar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, Mitglied des Betriebsrates

## Gustav Taube

im Alter von 34 Jahren.

Durch sein Hinwachen verlor er einen treuen und tüchtigen Mitarbeiter innerhalb des Betriebsrates.

Sein ruhiger und zuvorkommender Charakter wird uns ein ehrendes Andenken bei uns lassen.

**Kollektion des Betriebsrates des R. W. A. Breslau.**

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 15 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes in Cosel.

Nach dem 22. Januar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, Mitglied des Betriebsrates

## Gustav Taube

im Alter von 34 Jahren.

Durch sein Hinwachen verlor er einen treuen und tüchtigen Mitarbeiter innerhalb des Betriebsrates.

Sein ruhiger und zuvorkommender Charakter wird uns ein ehrendes Andenken bei uns lassen.

**Kollektion des Betriebsrates des R. W. A. Breslau.**

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 15 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kommunalfriedhofes in Cosel.

**Tranzehüte**  
Inhalt: 100 Stück  
Kaufmanns-Geschäft  
Kaufmanns-Geschäft

**Windjacken**  
Wetter-Männchen  
Gumm-Männchen  
in großer Auswahl  
**Oskar Dehmel**

**Arbeitsmarkt**  
Bestellung gesucht  
Kreuzstr. 48, pfr. links  
**Stellen-Angebote**  
In der  
Kreuzstr. 48, pfr. links  
Infolge ihrer großen Berufstätigkeit in Arbeiterkreisen besten Erfolg

**Zimmern**  
große 3-Zimmer-Wohnung auf dem Lande gegen 2-3 Zim. in Breslau  
Gr. D. u. A. 112a, Gr. D. u. A. 112a, Gr. D. u. A. 112a

**Kleiner Zimmern**  
sind immer noch gesucht  
Kaufmanns-Geschäft  
Kaufmanns-Geschäft